

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten  
zur Restabwicklung  
Mittel- und Westdeutschlands  
von 1990 bis 2021, Teil 2**

**Sonderheft Nr. 44**



# Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2021, Teil 2

## Sonderheft Nr. 44

### Fragen und Antworten ... 1990-2021, Teil 2

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
1. Wer förderte die schleichende Islamisierung Deutschlands?	2-29
2. Wie setzte die "Vierte Gewalt" die angeordnete Gleichschaltung der Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland durch?	30-49
3. Was machte Angela Merkel unumstritten zur gehorsamsten Erfüllungsgehilfin und willigsten Handlangerin der Neuen Weltordnung?	49-58
4. Wieso begann ab 2015 eine regelrechte Massenmigration nach Europa?	58-64
5. Weshalb führt die gelenkte NWO-Migrationspolitik langfristig zur Auflösung von monokulturellen Staaten?	64-69
6. Warum bezeichnete man die globale "Flüchtlingskrise" später als "Austauschmigration"?	70-88
7. Wer ordnete tatsächlich den von den Vereinten Nationen beschlossenen sogenannten Migrationspakt ("Global Compact for Migration") an?	88-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

#### Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2021, Teil 2

##### **1. Wer förderte die schleichende Islamisierung Deutschlands?**

Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtete später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/...):

##### **>>>Der Griff des Islam nach Europa**

Bei der Beschäftigung mit dem "**Griff des Islam nach Europa**" dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa**, und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islami-schen Ordnung in der Welt."

**Universal Islamic Declaration**, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr. 7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

**Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"?** Der **Islamrat für Europa** spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, ver-

gleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "**Haus des Islam**" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittet.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplittierungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

### **1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.**

**Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle.** Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran**, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran lädt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

**In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen.** Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht.** Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

**Das Ziel ist also eindeutig,** aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

**a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus,** daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam**, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

**b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam,** der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den

Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

**c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat.** Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

**d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten,** aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

## **2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.**

**a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar:** Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

**b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur.** Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der böswärtigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

**c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch** vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

**d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen** für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimi-

sche Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.

Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -

Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln ..."

Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.

Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

**e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme** durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

**f. Politischer Druck** auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

**g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt.** "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, mis-

sionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

**h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas** als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

### **3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?**

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

**a.** Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

**b.** Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat**, langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

**c. Ist der Islam attraktiv für Europäer?** Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

**d.** Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

**e.** Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

## **HINTERGRÜNDE**

### **4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?**

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die

Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat**. Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

**Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa"** nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

#### **5. Was ist konkret zu tun?**

... **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert**, mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen. Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

**b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten.** Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

**c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen.** Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

**d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden.** Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

**e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime.** Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. ...<<

*Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 18. Juli 2005: >>Ströme von Blut*

Unter den britischen Konservativen der Nachkriegszeit war Enoch Powell eine der faszinierendsten Gestalten. Er hatte bereits zwei ganz unterschiedliche Karrieren hinter sich, eine als Professor für Klassische Philologie, die andere beim Militär, wo er es innerhalb kurzer Zeit zum Brigadegeneral gebracht hatte, als er in die Politik ging und sich den Tories anschloß. Auch da stieg er schnell und stetig auf, so lange, bis er im Jahre 1968 seine Birminghamer

Rede hielt, in der er die britische Einwanderungspolitik als tödliche Gefahr für die Zukunft seines Landes beschrieb. Die Folge war, daß ihn Edward Heath, damals Führer der Konservativen im Unterhaus, aus seinem Schattenkabinett verbannte. So wurde Powell, in dem viele schon den künftigen Premier gesehen hatten, zum Außenseiter der englischen Politik.

Seine Rede war ein Bekenntnis zu dem, was auch deutsche Politiker schwören, wenn sie ihren Amtseid leisten: zu der Verpflichtung, den Nutzen des Landes zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten. In der forcierten Zuwanderungspolitik erkannte Powell einen Verstoß gegen diese Pflicht. Durch simple Hochrechnung sagte er seinen Landsleuten eine Zeit voraus, in der sie nicht mehr Herren im Haus sein würden. Den Multikulturalismus, der damals allerdings noch nicht so hieß, hielt er für einen gefährlichen Spleen, die Integration für gescheitert. Integriert zu sein bedeute, in allen Dingen des täglichen Lebens ununterscheidbar zu sein von seinen Mitbürgern: Wer von den Zuwanderern könne das schon, wolle das überhaupt, fragte Powell.

Der Tonfall seiner Rede war eher nüchtern; schließlich konnte er sich darauf verlassen, daß die Fakten, die er nannte, alarmierend genug wirken würden. Was sie dann ja auch taten, anders allerdings, als Powell sich das erhofft haben mochte. Am Ende griff er dann aber doch zu einem dramatischen Bild. Als guter Kenner der römischen Literatur zitierte er Virgil und bekannte, ähnlich wie dieser den Tiber "schäumend vom Blut" der Bürgerkriegsopfer vor Augen zu haben. Mit diesem politisch höchst unkorrekten Zitat ist Powell in die Geschichte eingegangen und seine Rede in Erinnerung geblieben.

Die Anschläge von London haben ihn mit unziemlicher Verspätung ins Recht gesetzt. Wenn die dortigen Bombenleger, ähnlich wie der Mörder Theo van Goghs, Angehörige der dritten Generation waren, im Lande selbst geboren und dort auch aufgewachsen, muß man die Integration als mißlungen ansehen.

Was angesichts der Mehrheitsverhältnisse, wie sie nicht nur in England, sondern auch hierzulande herrschen, aber nicht dazu führen wird, das Konzept aufzugeben. Im Gegenteil werden seine Anhänger fortfahren, statt von Bedrohung von Bereicherung zu reden, von einer Heimat Babylon zu fabulieren und jeden, der Vorbehalte äußert, als Fremdenfeind zu denunzieren.

Schon gar nicht werden sie sich fragen, ob Powell nicht recht hatte, als er die größte Gefahr nicht im Verlust an Sicherheit erkannte, sondern in dem unvermeidlichen Opfer an Freiheitlichkeit, an wechselseitigem Vertrauen und den zivilen Umgangsformen, die gerade den Engländern soviel bedeuten.

Die Schuld an diesen Opfern und Verlusten gab Powell aber nicht den Einwanderern, sondern denen, auf deren Einladung, mit deren Billigung, unter deren Schutz sie ins Land gekommen waren: den Leuten mit dem strahlenden Blick, die die Welt durch eine rosarote Brille betrachten und glauben, mit ein bißchen herrschaftsfreiem Dialog die Dinge schon in Ordnung zu kriegen. Sie werden nie verstehen, was Theo van Goghs Mörder während seines Prozesses den Richtern zurief: daß sie ihn nie verstehen werden. Nicht einmal das verstehen sie.<<

Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

### **Super, Deutschland schafft sich ab!**

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt,



sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben. ...

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet. ...

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben ...

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/...): >>Der Kontext des islamischen Rechts

Das "islamische Recht" ist kein staatliches Recht, sondern wird je nach Kodifikation in den verschiedenen islamischen Ländern sehr unterschiedlich gelesen und angewandt.

### **Scharia, Koran & Co.**

Sinngemäß bedeutet das arabische Wort *Scharia* "Weg zur Tränke/Wasserquelle" und wird als Überbegriff aller aus dem Koran abgeleiteter Gesetze in einem islamischen Idealstaat verwendet, oft auch als islamisches Gesetz oder islamisches Recht übersetzt. Die Scharia ist aber nicht einfach eine Gesetzessammlung, sondern vielmehr eine Methode zur Rechtsschöpfung. Sie ist dabei Gegenstand ... der islamischen Rechtswissenschaft.

Hauptquelle der Scharia ist der *Koran*. Die Heilige Schrift des Islams besteht aus 114 Suren, welche nicht chronologisch, sondern der Textlänge nach geordnet und in sich wiederum in Versen aufgeteilt sind. Weitere Quelle der Scharia ist die *Sunna*, also die Sammlung der Handlungsweisen des Propheten Mohammed; die einzelnen Überlieferungen des Propheten werden *Hadith* genannt.

### **Bruch mit der Stammeskultur**

Die im islamischen Recht niedergelegten Vorstellungen stellten zur Zeit ihrer Einführung im 7. Jh. nach Christus einen Bruch mit den Traditionen der vor-islamischen Gesellschaft dar. Dies betraf insbesondere das Familien- sowie das Strafrecht - auch heute noch die beiden Kernbereiche des islamischen Rechts. Den Frauen verschaffte das islamische Familienrecht teilweise eine bessere Rechtsstellung: So beschränkte der Koran zum Beispiel die Polygamie auf vier Ehefrauen und verlieh den Frauen begrenzte Erbrechte, was in gewissen vorislamischen Rechtskulturen nicht der Fall gewesen war. Das islamische Strafrecht brachte außerdem mit dem vereinheitlichten Strafrecht eine gewisse Rechtssicherheit.

### **Von europäischen Gesetzen zur Re-Islamisierung**

Mit dem Ende des 9. Jh./Anfang des 10. Jh. gilt das klassische islamische Recht als ausgeformt. Im 19. Jh. wurde das islamische Recht nach westlichen Expansionen und Eroberungen

weitestgehend durch Kodifikationen europäischen Rechts ersetzt - mit Ausnahme des Familienrechts, welches damit auch zum Symbol islamischer Identität wurde. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. führte die Abgrenzung zu den früheren Kolonialmächten in zahlreichen Staaten - etwa Iran, Libyen, Pakistan, Sudan - zu einer Re-Islamisierung der Gesetze und Verfassungen.<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>**Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?**

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht.*"

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminten Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

### **Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran**

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer ungläubwürdigen Parole.*"

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-gemeinschaft entwickelt haben.

"*Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109).*"

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und

ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

*"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."*

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

*"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspirierte hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."*

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozioreligiösen und politischen Systems. Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."*

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder*

*Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

*"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. ... Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."*

*"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."*

*"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".*

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

*"Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

### **Die Gewalt im islamischen Recht**

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab erspart."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

*"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben"* und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

### **Die geschichtlichen Eroberungen**

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.

In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7. - 8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

*"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).*

*Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."*

*Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."*

*"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."*

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: *"Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

*"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer. Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug*

*ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."*

### **Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort**

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

*"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."*

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1.800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

### **Islam und Islamismus sind nicht zu trennen**

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

*"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden."* Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

*"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran."* (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Isla-

mismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

*"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht.*

*Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<*

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 20. Januar 2016 (x893/...): >>Der Islam gehört nicht zu Deutschland, da er den Grundrechten widerspricht

### **Der Islam, Deutschland und das Grundgesetz**

Nicht erst seit den Kölner Vorfällen bestehen Zweifel, ob sich Menschen aus dem islamischen Kulturkreis in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung integrieren lassen - oder das überhaupt wollen. Selbst liberal geltende Islam-Verbände verstecken ihre Vorbehalte gegenüber Grundgesetz und Menschenrechten in wohlklingenden Formeln - eine Form der islamisch erlaubten Taqyya-Täuschung. Aus diesem Grunde wäre es politisch verantwortungslos, den Islam-Verbänden einen staatsrechtlichen Status im Sinne von Artikel 7 GG zu geben.

Zwischen der SPD und der Partei der Grünen wurde kürzlich ein Dissens deutlich zu der Frage, wie die staatsrechtliche Stellung der muslimischen Verbände einzuschätzen sei. Justizminister Heiko Maas sprach sich dafür aus, die muslimischen Verbände bald als Körperschaften öffentlichen Rechts anzuerkennen.

Der Grünen-Parteivorsitzende Cem Özdemir nannte solche Pläne abenteuerlich. Er möchte die bestehenden Islam-Verbände nicht als Religionsgemeinschaften im Sinne von Artikel 7 des Grundgesetzes aufwerten. ...

### **Menschenrechte sind von Natur aus gegeben und damit unveräußerlich ...**

Die europäischen Menschenrechte sind im 17. Jahrhundert auf der Basis der christlich inspirierten Naturrechtslehre formuliert worden. Das heißt, die Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und rechtliche Gleichbehandlung sowie Schutz des Eigentums gelten von Natur aus oder vom ersten Schöpfungstage an. Sie gelten als angeboren und das heißt: von niemandem gewährt. Sie können deshalb auch nicht entzogen werden. Das wird mit den Attributen unverletzlich, unveräußerlich ausgedrückt. Da die Menschenrechte vorstaatli-

chen Charakter haben, steht der Staat in der Pflicht, sie zu gewährleisten.

### **... Islamische Rechte werden von Allah gewährt - und entzogen**

Die koranbasierten Individualrechte dagegen werden als von Gott kommend behauptet. Sie werden ausdrücklich als gewährte Rechte eingestuft, die logischerweise auch wieder entzogen werden können. Insofern sind sie überhaupt keine einklagbaren Rechte, sondern Gaben oder Geschenke von Allah. Als solche werden die sogenannten islamischen Menschenrechte der Kairoer Erklärung von 1990 auch formuliert - z.B.: *Das Leben ist ein Geschenk Gottes. Deshalb ist es verboten, einen Menschen zu töten, außer wenn es die Scharia verlangt.*

Grundsätzlich werden alle islamischen Menschenrechte unter den Scharia-Vorbehalt gestellt. Die im Koran verankerten vermeintlichen Individualrechte, in Wirklichkeit gegebene - *positive* - islamische Gesetze, stehen also im eklatanten Widerspruch zu den westlichen Menschenrechten. Das ist der Grund, warum die muslimischen Verbände keine vorbehaltlose Anerkennung zu den Grundrechten unserer Verfassung abgeben. ...

### **Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung**

*... Er wurde abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 28. Dezember 2015*

... Millionen einwandernde Muslime kommen nach Europa mit Identitätsvorgaben, die mit den Grundprinzipien der westlichen Welt und ihren nationalen Identitäten nicht vereinbar sind.

Wie sollen diese Migranten in unsere politische Kultur integriert werden, wenn schon die seit Jahrzehnten angeblich "integrierten" Muslime die westlichen Menschenrechtsgrundsätze nicht akzeptieren?

In der Islamischen Charta, 2002 vom Zentralrat der Muslime in Deutschland verabschiedet, wird im Artikel 13 behauptet, die "im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechte" seien von gleicher Art wie die "westlichen Menschenrechtserklärungen". Doch die von Natur aus oder von Geburt an bestehenden Menschenrechte werden von niemandem "gewährt" und können deshalb auch nicht entzogen werden.

Als "unverletzliche" vorstaatliche Rechte hat der Staat sie zu "gewährleisten". Was dagegen - koranbasiert - von Gott gewährt wird, sind überhaupt keine einklagbaren Rechte, allenfalls Gaben und Geschenke.

Als solche werden diese sogenannten Individualrechte auch in der Kairoer Erklärung der islamischen Länder von 1990 bezeichnet - und unter den Scharia-Vorbehalt gestellt. Somit wird klar, dass selbst die deutschen Muslim-Verbände nicht die westlichen Grund- und Menschenrechte vorbehaltlos akzeptieren und anerkennen wollen. Wie soll es dann "geschafft" werden, Millionen muslimische Einwanderer in unsere grundgesetzliche Leitkultur zu integrieren?

...<<

### **Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 15. August 2016: >>"Der Islam ist nicht mehr Weltreligion, sondern Sekte"**

Der Islam ist nach dem Christentum die zweitgrößte Weltreligion. Die meisten der 1,6 Milliarden Anhänger leben in Asien - mehr als 200 Millionen in Indonesien.

Der moderne Islam büßt seine Seele ein. Er könnte sich mit Demokratie und Humanismus versöhnen, so Autor Zafer Senocak.

Senocak warnt Deutschland davor, eine Gesellschaft am Reißbrett konstruieren zu wollen, ohne die Menschen mitzunehmen.

Die Religion in der Hand demagogischer Politiker sei fast genauso gefährlich wie die Atombombe. ...

**Die Welt:** In unserer Gesellschaft verlieren die christlichen Kirchen Mitglieder. Und wir sehen auf der anderen Seite die Vehemenz muslimischer Artikulation. Sind wir etwa unter-schwellig neidisch?

**Senocak:** Neidisch vielleicht nicht. Dazu ist das Bild, das die Muslime abgeben, einfach zu



erbärmlich. Aber die Frömmigkeit erinnert uns natürlich an die spirituelle Dimension unserer Existenz. Es gibt auch Spiritualität jenseits der Kunsttempel und jenseits des Fußballstadions. Aber eine Spiritualität, die ihre Nähe zur Kunst und Ästhetik leugnet, wird oft zu einer kranken, barbarischen Angelegenheit. Glauben ist keine Suche mehr, sondern Rechthaberei.

**Die Welt:** Islam und Islamismus erleben wir einzig als Bedrohung und terroristische Gefahr, auch wenn die Kirchen immer wieder in toleranter Großzügigkeit die Gleichwertigkeit dieser Weltreligion betonen. Ist das negative Sentiment aber nicht zwangsläufig, wenn man auf all die autoritären und gewalttätigen Strukturen in muslimischen Gesellschaften schaut?

**Senocak:** Der Islam ist zur Geisel in der Modernitätskrise geworden. Er ist anders als die beiden anderen monotheistischen Religionen Christentum und Judentum gedanklich, geistig sehr schlecht aufgestellt, um reale Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu geben. Er hat die Neugierde, die das Auge der Wahrheit ist, getötet. Da fällt es leichter, mit vergangenen Zeiten zu kommunizieren und zu Mitteln der Gewalt zu greifen. Außerdem ist diese Religion inzwischen Kanonenfutter der Geopolitik geworden. ...

**Die Welt:** Es gibt keinen CS, keinen "Christlichen Staat", der weltweit religiös motivierte Verbrechen begeht. Woher rührt der Wahn des IS und wie kann man andere Religionen als "Ungläubige" bezeichnen?

**Senocak:** Man muß zum Dreißigjährigen Krieg zurück, um das alles aus unserer westlichen Perspektive aus zu verstehen. Die Dschihadisten bekämpfen ja nicht nur den Westen, sondern auch andere Muslime, die in ihren Augen Ketzer sind. Hier sieht man, was für ein Segen Säkularisierung und Aufklärung sind. Es gibt zu ihnen keine Alternative. Die Religion in der Hand demagogischer Politiker ist in nicht aufgeklärten Gesellschaften fast genauso gefährlich wie die Atombombe. ...

**Die Welt:** Braucht eine Gesellschaft überhaupt Religion? Reicht der Humanismus nicht?

**Senocak:** Religiöser Glaube ist einfach da. So wie Luft und Wasser da sind. Ich habe damit kein Problem. Er wird zum Problem, wenn er zum Herrschaftsinstrument wird, das niemals zu kontrollieren ist. Religiöser Faschismus ist nicht nur irrational, er schließt auch jeglichen Kontrollmechanismus aus. ...

**Die Welt:** Ihr Vater ging am Ende seines Lebens nicht mehr in die Moschee zum Beten.

**Senocak:** Mein Vater war, er verstarb 2010, sehr vereinsamt. In der Tat ging er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens nicht mehr in die Moschee. Aber er verrichtete seine Gebete. Die Moscheen waren für ihn zu einem Hort des Zwists unter den Muslimen geworden, zu einer Bühne für politische Intrigen. Ich verstehe heute, wo fast überall auf der Welt Muslime einander verfolgen, und irrsinnig gewordene Attentäter mit Allahu-Akbar-Rufen morden und brandschatzen, sehr gut, was er gemeint hat. ... Man kann sagen, dass der Islam keine Weltreligion mehr ist, sondern er hat Züge einer Sekte angenommen. ...

**Die Welt:** Kann man Aufklärung nachholen? Könnte der Islam aufholen?

**Senocak:** Der Islam muß nichts aufholen. Er ist eine Offenbarungsreligion, verkündet im siebenten Jahrhundert nach Christus. Es liegt an den Muslimen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Sie müssen endlich anfangen, Fragen zu stellen, die den Menschen heute und hier dienen.

**Die Welt:** Warum nehmen viele Muslime nicht die freiheitlichen Angebote unserer Gesellschaft an? In Europa können sie doch frei denken. Warum lassen sie sich von einer fremden Religionsbehörde wie der Ditib anleiten? Deren Sprache, sagen Sie, "gleicht dem Morsealphabet auf einem sinkenden Schiff".

**Senocak:** Ich hoffe, dass dies zunehmend geschehen wird. Es gibt ja Versuche an deutschen Universitäten, Lehrer und Imame auszubilden. Das ist unbedingt erforderlich. Aber das ist nicht nur eine deutsche oder türkische Angelegenheit. Das ist inzwischen eine internationale Frage, die in Paris genauso viel zählt wie in Mogadischu.

Das Verhältnis des Islam und der Islamgläubigen zur Moderne, zu den Fragen unserer Gegenwart kann nur in einem Kollegium der Gelehrten geklärt und weiterentwickelt werden. Das ist eine Generationenaufgabe. Es garantiert keinen Erfolg. Aber es könnte helfen, die Gewalttäter weiter zu isolieren und auch dubiose, konspirative Figuren wie Gülen oder politische Irrläufer wie Erdogan, die eine Instrumentalisierung der Religion vorantreiben wollen, zu ächten. ...

Zafer Senocak wurde 1961 in Ankara geboren. Er wuchs in Istanbul und München auf und lebt seit 1989 in Berlin. Er ist Lyriker, Essayist und Romanautor und arbeitet in deutscher und türkischer Sprache. ...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/...): >>"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam

Isik Ablä: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Ablä, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. ... Ablä warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. ...

Es gehe ... nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Ablä.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

... Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad ... Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster ziele der Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Ablä.

... Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Ablä ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre

Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübt. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. ...

Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

... "Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime. Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

### **"Ich verschweige die Wahrheit nicht"**

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt" ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:

>>"**Deutschland ist ein failed state**"

*Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik*

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

**Preußische Allgemeine Zeitung:** Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

**Tibi:** ... Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung

das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. ...

**Preußische Allgemeine Zeitung:** Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgünen und Islamisten?

**Tibi:** Die nihilistischen Linksgünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. ...

Die Linksgünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. ...

Heutige Linksgüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzdecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. ...

Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Der CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer berichtete am 17. Juni 2017 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>Der Gefahr ins Auge sehen

... Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft - wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, ... Vorschub geleistet.

### **Zeichen gelungener Integration?**

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren ...

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichteten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

### **Ziel ist die Weltherrschaft**

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

### **Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz**

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat: "Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich." Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu: "Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

### **Minderheit darf keine Mehrheit werden**

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind." ...<<

[Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](http://HerbertLudwig.berichtet.am.17.August.2017.in.seinem.Internet-Blog.Fassadenkratzer.wordpress.com) über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>**Gezielte**

### **Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung"*

*unserer Offenheit und unserer Vielfalt", setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. "Wir können von ihnen auch lernen", sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden "sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht".*

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

### **Das Grundmuster des Islam**

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

### **Die totale Daseinsordnung**

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

*"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."*

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."*

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit

dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). *"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

### **Reformversuche des Islam**

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner*



*Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

*"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ..."*

*Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."*

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

### **Täuschung und Wirklichkeit**

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmmayer so zusammenfaßte:

*46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."*

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugen-*

zen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

*"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."*

### **Die Strategie der Täuschung**

Es kann also keine Rede davon sein, daß *"die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

*"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.*

*'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.'* (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" wer-

den teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>... **Orient und Okzident**

### **Antithese mit Tradition**

Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.

Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.

Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.

Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien

als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.

... In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.

Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.

Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.

Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. ...

Anders als das Christentum ... war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.

Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.

Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

### **Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien**

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche

arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.

Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fassung selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.

Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen, sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. ...<<

### >>... **Ein Blick in die Zukunft**

... Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.

Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.

Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr. Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen. ...<<

## **2. Wie setzte die "Vierte Gewalt" die angeordnete Gleichschaltung der Berichterstattung in der "wiedervereinigten" Bundesrepublik Deutschland durch?**

Der US-amerikanische Journalist und Zeitungspublizist John Swinton (1829-1901) berichtete bereits im Jahre 1883 während einer Rede in New York vor anderen Journalisten über die angebliche Unabhängigkeit der US-Presse (x317/248-249): >>... So etwas gibt es bis zum heutigen Tage nicht in der Weltgeschichte, auch nicht in Amerika: eine unabhängige Presse.

Sie wissen das, und ich weiß das. Es gibt hier nicht einen unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben. Und wenn er es täte, wüßte er vorher bereits, daß sie niemals im Druck erschiene. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, daß ich meine ehrliche Meinung aus dem Blatt, mit dem ich verbunden bin, heraushalte.

Andere von Ihnen erhalten ähnliche Bezahlung für ähnliche Dinge, und wenn Sie so verrückt wären, ihre ehrliche Meinung zu schreiben, würden Sie umgehend auf der Straße landen, um sich einen neuen Job zu suchen. Wenn ich mir erlaubte, meine ehrliche Meinung in einer der Papierausgaben erscheinen zu lassen, dann würde ich binnen 24 Stunden meine Beschäftigung verlieren.

Das Geschäft der Journalisten ist, die Wahrheit zu zerstören, schlankweg zu lügen, die Wahrheit zu pervertieren, sie zu morden, zu Füßen des Mammons zu legen und sein Land und die menschliche Rasse zu verkaufen zum Zweck des täglichen Broterwerbs. Sie wissen das, und ich weiß das, also was soll das verrückte Lobreden auf die freie Presse?

Wir sind Werkzeuge und Vasallen von reichen Männern hinter der Szene. Wir sind Marionetten. Sie ziehen die Strippen und wir tanzen an den Strippen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben stehen allesamt im Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Dezember 2009 (x887/...): >>**GEZ greift nach Handy und PC**

Radio und Fernsehen wollen mehr Geld - aber wozu eigentlich? - Die Rundfunkgebühr als Ersatzsteuer

Während die Bundespolitiker noch über Steuersenkungen streiten, wollen die Länderchefs den Bürgern tiefer in die Tasche greifen - mit Hilfe der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ), die künftig auch für Mobiltelefone und Computer Fernseh-Gebühren kassieren soll.

"20 Prozent auf alles außer Tiernahrung", "25 Prozent auf alles, was einen Stecker hat" - die flotten Werbesprüche einer bundesweiten Baumarktkette scheinen bei den Ministerpräsidenten offene Ohren gefunden zu haben: Da kann man was draus machen, zum Beispiel GEZ-Gebühren auf alles, was einen Bildschirm hat, und sei er noch so klein.

Die 16 Länderchefs, nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGebStV) zuständig für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, sind in Krisenzeiten besonders intensiv darauf aus, neue Geldquellen zu erschließen. Eine solche glauben sie nun entdeckt zu haben - in Form internettauglicher Mobiltelefone und Computer, mit denen auch Radio- und Fernsehprogramme empfangen werden können, letztere allerdings technisch und inhaltlich eingeschränkt.

Nach heutiger Rechtslage kann die GEZ für solche "neuartigen Rundfunkgeräte" eine monatliche Grundgebühr von 5,76 Euro kassieren, in Privathaushalten allerdings nur dann, wenn nicht bereits ein anderes Gerät angemeldet ist. Die volle Gebühr für Radio und Fernsehen hingegen liegt bei derzeit 17,98 Euro. Die Differenz von 12,22 Euro war es, die die Ministerpräsidenten hellhörig machte.

Ihre Kalkulation: Von den derzeit 32,2 Millionen privaten "GEZ-Kunden" zahlen 2,4 Millionen nur die Radiogebühr. Offenbar gelten sie als potentielle Schwarzseher, solange sie nicht gerichtsfest beweisen können, daß sie sich nicht mit Hilfe irgendwelchen neuzeitlichen Geräts klammheimlich Zugang zu ARD oder ZDF verschaffen. Nach den einschlägigen Erfahrungen,

die zum Beispiel der Erlanger Verein "Bürger fragen Journalisten" in den letzten Jahren machen mußte, ist ein solcher Beweis vor deutschen Gerichten kaum zu erbringen.

Wenn man, so eine der Ideen der jüngsten Ministerpräsidentenrunde, die Rundfunkgebühr einheitlich auf 17,98 Euro festsetzte, würde das allein 30 Millionen Euro pro Monat zusätzlich in die öffentlich-rechtlichen Kassen spülen. Dabei wird in Unionskreisen das Modell einer Haushaltsabgabe bevorzugt: Jeder der 40 Millionen Haushalte zahlt, sofern er nicht aus sozialen Gründen befreit ist oder beweisen kann, daß er über kein empfangsfähiges elektronisches Gerät verfügt. Optimisten errechnen Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro im Jahr.

In der SPD-dominierten rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, die als Koordinierungsstelle für die Medienpolitik der Länder fungiert, will man jedoch nicht ausschließen, daß eine solche eklatante Umkehr der rechtsstaatlich üblichen Beweisspflicht dereinst doch noch vom Bundesverfassungsgericht gekippt werden könnte. So setzt man in Mainz eher auf eine gerätebezogene Einheitsgebühr von 17,98 Euro:

Wer einen internettauglichen Computer, Laptop oder Mobiltelefon besitzt, wird automatisch zum GEZ-Gebührenzahler, falls er das nicht ohnehin schon ist. Da nach diesem Modell die erwarteten Mehreinnahmen geringer ausfallen würden, denkt man in diesem Zusammenhang gleich auch an eine generelle Anhebung über die 18-Euro-Marke hinaus.

Die FDP, die aufgrund ihrer jüngsten Wahlerfolge auch zunehmend Einfluß auf die Medienpolitik der Länder nehmen kann, wartet mit einem deutlich weitergehenden Vorschlag auf. Sie will die GEZ-Gebühr durch eine einheitliche Medienabgabe ersetzen, die - so der medienpolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Müller-Sönksen - "niedriger ist als die jetzige Gebühr und von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem Einkommen gezahlt wird". Bei diesem Modell wären in der Tat rechtsstaatliche Bedenken bezüglich der Beweislast ausgeräumt.

Bei den geräte- oder haushaltsbezogenen Modellen stellt sich vor allem das Problem einer ebenso wirkungsvollen wie rechtsstaatlich sauberen Kontrolle. Wer erfüllt die vielfältigen Kriterien einer Gebührenbefreiung aus sozialen Gründen? Wer bildet mit wem einen "Haushalt im Sinne des RFinStV" (Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag)? Wer hat welches Handy in der Tasche, welches Laptop im Kinderzimmer, welches Radio im auf die Schwiegermutter zugelassenen Zweitauto, welchen auch privat nutzbaren Computer im Büro?

Die Liste solcher Fragen ließe sich schier endlos fortsetzen - bis hin zu der bitteren Erkenntnis, daß man, um Gebührengerechtigkeit zu erreichen, ein Ausmaß an staatlich sanktionierter Schnüffelei installieren müßte, das die heutigen Praktiken des GEZ-Außendienstes deutlich in den Schatten stellen und den Aktivitäten der Stasi nahe kommen würde.

Ein weiteres Problem blieb in der aktuellen Debatte um die Gebührenpläne der Ministerpräsidenten völlig ausgeblendet: Sind die Programmangebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio wirklich jene 7,26 Milliarden Euro Zwangsgebühren wert, die die GEZ im Jahr 2008 ein-kassierte? Braucht man wirklich so viel Geld, um das Volk zur besten Sonnabend-Sendezeit mit Gottschalk und Silbereisen zu beglücken, sich von haßerfüllten Pseudokabarettisten belehren zu lassen, wie dumm es sich mehrheitlich bei den letzten Wahlen verhalten hat, oder in seichten Vorabendserien bestaunen zu dürfen, welche Abartigkeiten zeitgemäßes Liebesleben zu bieten hat?

Erinnern wir uns der 80er Jahre, als um die Zulassung privater TV-Sender gestritten wurde: Waren wir da nicht alle (der Autor dieser Zeilen eingeschlossen) der Meinung, daß Konkurrenz das Geschäft belebt und die Qualität hebt? Ein schrecklicher Irrtum, wie wir heute sehen. ARD und ZDF passen sich immer weiter dem Niveau - will sagen: der Niveaulosigkeit - der Privaten an - und dafür sollen wir immer mehr zahlen?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):

>>**Verrat an der Freiheit**

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch "Raus aus dem Euro. Rein in den Knast", welches im März 2013 erschien.

Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz - nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren "Ulfkottes" schon kennen.

Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dummlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf der Feigheit laut: Viele Menschen wüßten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie "Waschlappen" und "Hossenscheißer".

Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluß daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in punkto Wirtschaft und Finanzen, die mittlerweile dazu geführt hat, daß der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird - sei es durch die "Umverteilungskartelle" hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und anderswo.

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175.000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden."

Michael Brückner und Udo Ulfkotte: "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdictatoren", ... Rottenburg 2013 ...<<



Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 17. März 2014: >>PC-Opfer - Für die neue Rechte ist Deutschland ein totalitärer Staat

Kolumne: Zwischen den Zeilen. Sie sprechen von "EU-Diktatur", "Ökofaschismus" und "Blockparteien". Die Feinde vermeintlicher political correctness fühlen sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen leidet vor allem die Sprache.

Die Sprache ist immer zu allererst bedroht. Sie ist Träger und Mittler des Denkens, Seismograph für gesellschaftliches Klima und politischen Wandel. Sprache verbalisiert Gedanken. Das Gesagte oder zu Papier Gebrachte verändert wiederum das Denken. Wir gewöhnen uns. Desensibilisieren. Die Geschichte zeigt: Gesellschaften, die zu autoritären wurden, haben zuallererst den Kampf um die Sprache verloren.

Unlängst hat eine Sprache in die politische Debatte Einzug erhalten, die eine ganz eigene Geschichte von bundesrepublikanischer Realität erzählt. Es sind die Feinde vermeintlicher *political correctness*, die sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht fühlen. Diese PC-Opfer verstehen sich als Kämpfer gegen eine alles tabuisierende politische Korrektheit. Die Sprache zumindest haben sie längst enttabuisiert: Sie sprechen von "Blockparteien", "gleichgeschalteten Medien", "Tugendterror", "Ökofaschismus", "EU-Diktatur" oder der "EUdSSR".

In ihrer Erzählung wird die Politik beherrscht von Blockparteien, an deren Spitze eine SED-sozialisierte, schwarz lackierte Sozialdemokratin Namens Angela Merkel herrscht. Die Medien sind deren Erfüllungsgehilfen, Grün wählende links-liberale Kampagnenjournalisten. Die politische Kultur ist von Gutmenschen diktiert. Gesteuert wird alles aus Brüssel. Eurodiktatur pur.

Was für ein schreckliches Land. Inmitten einer schrecklichen Welt.

Als phantasiebefreite Satire ist diese Wahrnehmung vielleicht noch erträglich. Doch die PC-Opfer meinen es ernst. Humor ist ihre Sache nicht. Sie zeichnen ein Bild, das der Realität so nahe steht, wie Putin der Demokratie. Würde man sie wörtlich nehmen, dann wäre Deutschland ein durch und durch totalitäres Land - und die gute alte DDR im Vergleich dazu eine Art Feierabenddiktatur.

### **PC-Opfer sind längst Mainstream**

Kein Zweifel: Dieses Land verändert sich. Es darf wieder alles gesagt werden. Die PC-Opfer haben längst die Kommentarspalten, die Anonymität des Netzes, hinter sich gelassen. Heran wächst eine immer lauter werdende Minderheit, die den Stammtisch unlängst ins bundesrepublikanische Festzelt getragen hat. Sie verwenden eine Sprache und jonglieren mit Thesen, die noch bis vor ein paar Jahren unmöglich in der veröffentlichten Meinung hätten verhandelt werden können. Die Anti-PC-Bewegung hat die Republik enttabuisiert, ohne dabei wirklich ein Tabu zu brechen. Was sie aber brechen, sind die ungeschriebenen Gesetze des demokratischen Diskurses.

Die jüngsten Debatten um die Thesen von Matthias Matussek oder Sibylle Lewitscharoff sind nur die in der breiten Öffentlichkeit sichtbar gewordenen Spitzen dieser Radikalisierung von Sprache und Diskurs. Beide Fälle eint die Art und Weise einer Diskussionskultur, auf deren Grundlage ein tatsächlicher Diskurs nur schwerlich möglich ist. Lewitscharoffs Einwürfe beispielsweise helfen einer notwendigen Debatte um künstliche Befruchtung nicht, wenn das Totschlagargument der Widernatürlichkeit ins Spiel kommt.

Gleiches gilt für Matusseks Widernatürlichkeitspostulat in Bezug auf Homosexualität. Es geht nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die Wortwerdung eines diffusen Gefühls, um das Verkünden von Wahrheiten. Träger ist eine Sprache, die beißt, gleichsetzt, diffamiert und radikalisiert.

Es soll nicht nur wieder alles gesagt werden dürfen, sondern auch am besten ohne Wider-

spruch. Denn obwohl die PC-Opfer alles sagen, beschwerten sie sich gleichzeitig über fehlende Meinungsfreiheit. Sarrazin ist die bekannteste Verkörperung dieser Paradoxie. Obwohl er über alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle sendet, fühlt er sich gleichzeitig zensiert und ausgegrenzt. Jan Fleischhauer hat das treffend kommentiert:

"Wenn so Meinungsterror in Deutschland aussieht, wären viele Leute auch gerne mal betroffen. Dann wären sie heute Millionäre." Und: "Das PC-Opfer ist die rechte Gegenfigur zum linken Minderheitendiskurs. Was in dem einen Fall das Patriarchat, die herrschenden Eliten oder ganz allgemein das System, sind im anderen die Wächter der Political Correctness."

So erzeugt die Anti-PC-Bewegung letztlich genau das, was sie eigentlich zu bekämpfen gedachte. Sie erzeugt durch ihr dogmatisches Verständnis von Diskurs eine moderne Kultur des Denkverbotes. Die PC-Opfer rufen Meinungsfreiheit und meinen die Freiheit von Gegenmeinung und Widerspruch. Ihre Haltung ist die typische Opferhaltung. Diese Selbstviktimsierungstendenz ist das sie alle einende Charakteristikum.

Es ist die typisch reaktionäre Ressentiment-Bildung, wie man sie in der Sozialwissenschaft als Reaktion Privilegierter auf den Verlust von Macht kennt. PC-Opfer neigen beispielsweise dazu, den im Zuge von Gleichstellungsmaßnahmen einhergehenden Privilegienabbau mit Diskriminierung zu verwechseln. Sie fühlen sich als Opfer der Opfer. Doch dahinter steht die Angst vor Abstieg.

### **Eine Typologie der Politisch Unkorrekten**

**Der Alt-68er:** Er ist der Seitenwechsler. Weil er seine politische Position über den Marsch der Institutionen in die gesellschaftliche Mitte getragen hat, will er jetzt nicht länger Mainstream sein. Gelangweilt von seiner über Jahrzehnte hinweg postulierten Position, will er erneut anecken. Alan Posener hat das jüngst trefflich beschrieben: "Und siehe da, so wie sie früher "Kacke" und "Pisse" sagen wollten, wollen sie heute "Neger" und "Zigeuner" sagen. ... Ausgerechnet die *rebels without a cause*, die im Zweifel gegen antiautoritäre Erziehung, Kuschelpädagogik und Spaßunterricht zu Felde ziehen, deren Opfer sie geworden sind, beklagen die Existenz einer Erziehungsdiktatur in Gestalt gesellschaftlicher Tabus."

**Der Nationalbolschewist:** Er ist zutiefst antiliberal, antimodern und antikapitalistisch. In Anlehnung an Ernst Niekisch und die konservative Revolution zu Zeiten der Weimarer Republik verbalisiert er eine auf Nation und Volk setzende Kapitalismuskritik, die einer einfachen Dichotomie von gut und böse folgt. Den bösen Kapitalisten wird das gute, arbeitende Volk gegenübergestellt. Dabei wird der Kapitalismus nicht systemisch kritisiert, sondern personifizierend und verschwörungstheoretisch abgehandelt - als etwas, das wie eine Naturgewalt von außen über den Menschen hereinbricht. Die Kritik richtet sich vor allem gegen Banker, Manager und Heuschrecken.

**Der Hardcore-Katholik:** Vor allem die damalige Wahl Ratzingers zum Papst hat dieser Spezies enormen Auftrieb gegeben. Ratzingers These von der "Diktatur des Relativismus" ist ihr Leitmotiv. Die Keimzelle einer Gesellschaft ist die traditionelle Familie, repräsentiert durch Mann und Frau. Homosexualität wird als unnatürlich diskreditiert, Gleichstellung als Genderterror verurteilt. Der Islam wird als faschistische Ideologie abgelehnt.

**Der Konservativ-Libertäre:** Er lehnt den Staat ab, spricht gerne von Eigenverantwortung und Freiheit. Steuern sind für ihn Diebstahl. Die EU begreift er als bürokratisches Monstrum, das die Völker Europas gegen ihren Willen homogenisiert.

Die PC-Opfer formieren in ihrer Heterogenität ein diffuses Themenwirrwarr aus reaktionärer Gesellschaftspolitik, libertärer Wirtschafts- und Finanzpolitik, gepaart mit einer tendenziellen Ablehnung des Staates und supranationaler Organisationen. Die PC-Opfer-Front verläuft nicht mehr entlang traditioneller, sondern quer durch alle politischen Lager und erinnert in ihrer fundamentalistischen Ausrichtung an die amerikanische Tea-Party-Bewegung.

Ihr politischer Arm ist die AfD. Dort fühlen sich die politisch Inkorrekten zuhause. Gerade jüngere Entwicklungen innerhalb der Partei macht die AfD für PC-Opfer besonders attraktiv. Die Signale sind eindeutig: Parteichef Bernd Lucke verkündete jüngst, er sei kein Liberaler. Liberale Größen wie Dagmar Metzger ziehen sich aus zentralen Positionen der Partei zurück, währenddessen "die Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland", Beatrix von Storch, an Einfluß gewinnt. Gleichzeitig rücken Themen wie Familie und Integration immer mehr in den Fokus. Die Anti-Europartei verwässert ihr Eurothema zugunsten einer breit angelegten thematischen Ausrichtung und einer damit einhergehenden Positionierung rechts von der CSU.

Interessanter Nebeneffekt dieser Entwicklung: Gemäßigte Linke fangen an, das System zu verteidigen, gegen das sich die Rechte nun positioniert. Linke werden zu Bewahrern. Die reaktionären PC-Opfer werden zur neuen APO. Dabei ist die neue rechte Reaktion sichtlich bemüht, auf ihrem Weg in die gesellschaftliche Mitte so allerhand Rechtes, Linkes und Abgehängtes einzusammeln. Liegen bleibt dabei vor allem eines: die Sprache.<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

### **Macht braucht Medien**

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

*Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bössartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."*

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

### **Wer hat die Macht in Deutschland?**

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem

Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

### **Verzahnung**

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zambroni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglösch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Ver-

non A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

### **Methoden**

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen

deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

### **Netzwerke**

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesaka-*

*demie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt.

...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. Januar 2015 (x893/...): >>"Gekaufte Journalisten" - Eine Buchbesprechung

Auf der Rückseite des Buchumschlags heißt es: "Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bisläng galt es als 'Verschwörungstheorie', daß Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren. Jetzt enthüllt ein Insider, was wirklich hinter den Kulissen passiert." Dieser Insider ist Udo Ulfkotte, und "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken" ist der Titel seines vor wenigen Monaten im Kopp Verlag erschienenen Buches, das bereits in mehreren Auflagen gedruckt wurde.

In weiten Teilen bleibt Ulfkotte in "Gekaufte Journalisten" ziemlich subjektiv, schildert er doch seine eigenen Erfahrungen, die er insbesondere in 17 Jahren als Redakteur bei der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) machte. Doch gerade auch vor dem Hintergrund jener Plaudereien aus dem Nähkästchen lohnt sich das Lesen des Buches. Und Ulfkotte ist dafür zu loben, daß er nicht einfach mit dem Finger auf andere zeigt, sondern zunächst an sich selbst Kritik übt. So beschreibt er beispielsweise verschiedene Fälle, in denen er faktisch geschmiert wurde - nicht durch das Überreichen von Briefumschlägen mit Bargeld in irgend-



welchen dunklen Gassen, sondern viel subtiler, etwa durch die Finanzierung von Reisen mit der unausgesprochenen Erwartung wohlwollender Berichterstattung im Gegenzug.

### **Subtile Beeinflussung von Journalisten**

Einen dieser Fälle schildert Ulfkotte über mehrere Seiten besonders ausführlich, nämlich seine Luxusreise nach Oman, welche von Sultan Qabus finanziert wurde, der dort seit 1970 als Diktator regiert. "Ein durchschnittlicher Leser wird jetzt erst einmal einen völlig falschen Eindruck bekommen. Er wird denken: Aha, da bezahlt ein Mensch einem Reporter eine Reise. Das wäre allerdings in Hinblick auf das erwähnte Land Oman, welches wir hier stellvertretend für andere nehmen, eine kaum noch zu unterbietende Untertreibung.

Die Realität: Bei den Einladungen aus Oman reiste man als vermeintlicher FAZ-VIP auf Kosten des Staatschefs in der Business- oder First-Class an. Am Flughafen wartete des Sultans Personal, welches den Gast - einen einfachen Journalisten - extrem unauffällig und zügig durch die Kontrollen schleuste, vorbei an den 'Normalsterblichen'. Spätestens da fühlte man sich nicht mehr als einfacher Journalist, sondern rundum als VIP und irgendwie extrem wichtig."

Wenige Seiten später erfahren die Leser das Ergebnis derartiger Reisen: "Man stelle sich einen jungen Mann vor aus ärmerem Elternhaus, der sich, weil der Vater früh verstorben war, alles hart hatte erarbeiten müssen. Zeitungen austragen, auf dem Bau arbeiten, am Fließband stehen - nur um studieren zu können und eine gute berufliche Perspektive zu haben. Und dann der Jackpot. Zum Nulltarif. Ohne Einsatz. Halt, ohne Einsatz? Man mußte nur ausblenden, was man nicht sehen wollte. Hofberichterstattung war der Preis für den Jackpot." Man muß darauf hinweisen, daß ganz offensichtlich niemand zu positiven Berichten gezwungen wurde. Doch wenn man tagelang im Luxus schwelgt, so ist es kaum verwunderlich, den Finanzier der Reise oder der Veranstaltung nicht mehr ganz neutral zu beurteilen.

### **Undurchsichtige Netzwerke**

Ein zweiter Themenkomplex ist, wie der Untertitel von "Gekaufte Journalisten" bereits andeutet, die Aufdeckung obskurer Netzwerke, Beziehungen und Verflechtungen von Journalisten, Lobbyisten und Politik. Einigermaßen bekannt dürfte etwa sein, daß Helmut Kohl, 16 Jahre lang Bundeskanzler, Trauzeuge bei der Hochzeit von Kai Diekmann, Chefredakteur der in Deutschland auflagenstärksten Tageszeitung "Bild", war. 2008 revanchierte sich Diekmann, indem er dieselbe Aufgabe bei Kohls zweiter Eheschließung (seine erste Frau beging 2001 Selbstmord) wahrnahm.

Weniger bekannt sind wohl Organisationen wie die Atlantik-Brücke oder die Trilaterale Kommission. Hiermit begibt sich Ulfkotte in Gefilde, in denen Verschwörungstheorien im Überfluß vorhanden sind. Zwar versucht Ulfkotte, die reinen Fakten zu schildern, doch werden mitunter Schlußfolgerungen gezogen, die detaillierterer Beweisführungen bedürften.

Bloß weil Journalisten wie der bereits erwähnte Kai Diekmann, Theo Sommer (Herausgeber von "Die Zeit"), Mathias Döpfner (Vorstandsvorsitzender von "Axel Springer"), Claus Kleber (Moderator des "heute journal" im ZDF) und Jörg Schönenborn (Fernsehdirektor des WDR) mit der Atlantik-Brücke in Kontakt stehen oder standen, heißt dies nicht zwangsläufig, daß sie die offizielle Linie der Organisation - falls es eine solche Linie überhaupt gibt - immer und notwendigerweise vertreten. Hier wirft Ulfkotte Fragen auf, die unbeantwortet oder ohne überzeugende Replik bleiben.

Eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse der Artikel oder Programme der "verdächtigen" Journalisten wäre nötig, um hier tatsächlich fundiert argumentieren zu können. Ein diesbezügliches Beispiel bietet Uwe Krüger in seiner Dissertation "Meinungsmacht. Der Einfluß von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse", welche von Ulfkotte häufig zitiert wird.

## **Fragen, aber nicht immer überzeugende Antworten**

Nichtsdestotrotz sind augenscheinliche Elitenetzwerke wie die oben erwähnte Atlantik-Brücke zumindest bemerkenswert und umstritten und rufen nach einer kritischen Auseinandersetzung. Das Verdienst des Autors von "Gekaufte Journalisten" liegt darin, seine Leser auf derartige zumindest mögliche Einflußnahmen aufmerksam zu machen. Danach ist es dem Leser selbst überlassen, welche Maßnahmen er trifft, oder ob er weiterhin an der Vorstellung festhält, daß Journalisten speziell der Leitmedien grundsätzlich eigentlich unabhängig sind.

Lassen wir Ulfkotte angesichts der Atlantik-Brücke noch einmal zu Wort kommen: "Die pro-amerikanische und ganz sicher nicht neutrale Organisation kriecht immer weiter vor in der medialen Berichterstattung. Nun ist 'proamerikanisch' nicht unbedingt ein Schimpfwort. Aber es geht hier auch nicht um gut oder böse, sondern im Hintergrund vor allem um ein Wertesystem. ... Deutsche und Amerikaner teilen viele Werte, etwa Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit. Aber schon bei Fragen nach der Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht gibt es große Differenzen. ...

Die Tatsache, daß wir keine Wertegemeinschaft mit den USA haben und ganz sicher nicht auf Augenhöhe mit Washington stehen, belegt nichts so eindeutig wie die Einschränkung unserer Freiheit durch amerikanische Spionage, welche die Privatsphäre unserer Bürger Tag für Tag mißachtet. Wenn deutsche Journalisten sich also mit proamerikanischen Organisationen wie der Atlantik-Brücke gemein machen, dort auftreten oder diese gar fördern, dann stehen sie nicht mehr inmitten unseres deutschen Wertesystems. Sie werden dann mitunter zu Fürsprechern und/oder Lobbyisten eines anderen Wertesystems."

## **Ausweg aus dem Einheitsbrei**

Als Ausweg aus der gegenwärtigen Situation, in der er keine substantiellen Unterschiede zwischen den verschiedenen wichtigsten und einflußreichsten Medien in Deutschland sieht, empfiehlt Udo Ulfkotte in "Gekaufte Journalisten", jene Medien nicht länger zu finanzieren. "Verweigert denen, die uns manipulieren und desinformieren, einfach Quote, Auflage und Gehör. Schaltet ab und gebt ab sofort keinen Cent mehr dafür aus. Je mehr Menschen das machen, um so größer wird der Druck."

Allerdings ist dies spätestens bei den Zwangsabgaben für den Staatsrundfunk leichter gesagt als getan. Die Alternative zu den alteingesessenen und renommierten Medien ist für Ulfkotte das Internet: "Journalisten als Eigenmarken, die auch ohne Verlage Geld verdienen können, weil man ihnen vertraut - die haben eine Zukunft."

Udo Ulfkotte: "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken", 336 Seiten ...<<

## **Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. September 2015: >>Meinungs-diktatur ohne Diktator**

Egal, welchen Kanal man einschaltet oder welches Stück Boulevard- oder "Qualitätspresse" man aufschlägt: Glaubt man, was einem von dort entgegenschallt, befindet sich Deutschland gerade in einem einmütigen nationalen Freudentaumel angesichts des nicht versiegenden Zustroms hunderttausender, wenn nicht Millionen von "Flüchtlings".

Die Deutschen, ein einig Volk von Willkommenskulturberauschten? Wer beim Luftballonsteigenlassen und "Refugees welcome-Skandieren" nicht mittun will, kommt im Medien-Zerrbild allenfalls als finsterer, ressentiment- und angstgeplagter Ausländerfeind vor.

Zuwanderungskritische Parteien tauchen mit ihren Positionen in der Woge gefühlsschwangerer Beiträge wie auf Verabredung praktisch nicht mehr auf, selbst maßvolle Warner finden sich in den Dauerschwatzsendungen der zwangsgebührenfinanzierten, von Parteien und Lobbyvertretern fest im Griff gehaltenen Staatssender allenfalls in Allein-gegen-alle-Konstellationen, in denen ein halbes Dutzend Hypermoralisten sich gemeinsam mit dem Moderator an ihnen abarbeitet.

## **Kollektives Totalversagen der deutschen Medienlandschaft**

Selbst wer nur Fakten aufzählt oder auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen pocht, wird in dieser Lage ohne viel Federlesens pauschal unter Extremismus- und Ausländerhaßverdacht gestellt und mit dem Nazimeter zum Schweigen gebracht.

Kritische Stimmen wie Thilo Sarrazin oder der CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich, die den medialen Konformismus geißeln, sind rare Ausnahmen im medialen Einheitsbrei, der von Journalisten wie jenem Radiomoderator angerührt wird, der kürzlich sein Mitwirken an einer Popanz-Kampagne ankündigte, dabei das bekannte Hajo-Friedrichs-Diktum zitierte - "ein guter Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten" - und mit einem fröhlichen "aber da pfeif ich jetzt einfach mal drauf" gleich über Bord warf.

Offenbarungseide wie dieser sind symptomatisch für die Kernschmelze und das kollektive Totalversagen der deutschen Medienlandschaft. Professionelle Standards werden bedenkenlos geopfert, um nur ja um jeden Preis auf der "richtigen" Seite zu stehen.

Alle tuten in dasselbe Horn

Selbst wenn nur eine Minderheit der Bürger einer millionenfachen Asyl-Einwanderung skeptisch gegenübersteht - an der Aussagekraft einschlägiger Umfragen darf man angesichts der Schweigespirale, die von der massiven, einseitig-moralisierenden Dauerberieselung durch Politik und Medien unweigerlich in Gang gesetzt wird, getrost zweifeln: Zum Wächteramt unabhängiger Medien gehörte es ja gerade, Verdacht zu schöpfen, wenn alle einer Meinung sind, Minderheiten und abweichende Positionen zu Wort kommen zu lassen und Ereignisse und Politikerhandeln nicht einfach hinzunehmen, sondern kritisch zu hinterfragen.

Statt dessen sonnt man sich im Wohlgefühl der Meute, sich gegenseitig beim Tuten in dasselbe Horn noch zu überbieten. Das Ergebnis trägt bedrohlich totalitäre Züge der Selbstgleichschaltung, der freiwilligen Unterwerfung unter kollektive Denkverbote, einer selbstregulierenden de-facto-Meinungsdiktatur ohne Diktator.

Einladung zum Freibier für die ganze Welt

Wo Fakten gezielt ausgeblendet werden und Boten, die sie dennoch überbringen wollen, mit Schmähungen überzogen werden, entsteht ein gefährlicher Tunnelblick, der blind macht für Realitäten. Während Politik und Medien sich gegenseitig versichern, wie vorbildlich doch die deutsche "Willkommenskultur" für den Rest der Welt sei und wie sehr man dafür bewundert und geliebt werde, während man in arroganter Großmannssucht auf kleinere Länder herabblickt, die den Heilsweg von Islamisierung und Bevölkerungsaustausch nicht mitgehen wollen, und sie mit Drohungen und Herabsetzungen überzieht, mehren sich im nüchtern gebliebenen Ausland die Stimmen, die an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen zweifeln und unsere Republik für einen "gefühlbetonten Hippie-Staat" halten.

Der Ansehensverlust ist nicht die einzige Negativfolge des politisch-medialen Tunnelblicks. Auf die wanderwilligen Millionen, die noch in den Herkunftsländern der Asyl-Immigranten warten, wirkt die nach außen zelebrierte ekstatische "Willkommenskultur" wie eine Einladung zum Freibier für die ganze Welt, mit Angela Merkel als der noch im fernsten Winkel verehrten Schutzheiligen der Spendierhosen.

Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft wird mißbraucht

Den Bürgern, die die Zeche bezahlen, dämmert dagegen zunehmend, daß ihre Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft mißbraucht wird, wenn Recht und Gesetz willkürlich und dauerhaft ignoriert werden, und daß niemand ihre Sorgen und Nöte öffentlich vertritt - ein idealer Nährboden für extreme Antworten und Verzweiflungstaten, erst recht, wenn jeder noch so zaghafte Widerspruch reflexhaft und unbarmherzig in diese Ecke gestellt wird, um die Schwarz-Weiß-Zeichnerei noch weiter auf die Spitze zu treiben.

Das treibt zwangsläufig auf eine Situation zu, in der die Diskrepanz zwischen dem schöngemalten medialen Schein und der von den Bürgern wahrgenommenen harten Realität auch mit

noch so sehr gesteigertem Propagandaaufwand nicht mehr übertüncht werden kann. Das Erwachen aus dem hochmoralischen Rausch könnte schon bald in einen häßlichen Kater münden.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 29. Januar 2016 (x892/...): >>Sloterdijk: "Überrollung, Verwahrlosung, Lügenäther"

Peter Sloterdijk gehört gewiß nicht zu denen, die sich als "rechtsradikal", "nationalkonservativ" oder "rechtspopulistisch" verunglimpfen lassen. Er gehört eher in das linke politische Spektrum in Deutschland. Dennoch sind seine Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen nicht selten erhellend. Nachdem verschiedene konservative Intellektuelle der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung bereits kritisch beleuchtet haben, hat Sloterdijk jetzt harte Worte gefunden und dabei noch heftiger die gleichgeschalteten deutschen Medien kritisiert.

In der Zeitschrift "Cicero" kritisierte der Philosoph den "Souveränitätsverzichts" Merkels und warnte davor, daß es zu einer "Überrollung Deutschlands" kommen werde, wenn diese Politik nicht geändert werde.

In diesem Zusammenhang sieht Sloterdijk die Arbeit der Medien in Deutschland noch kritischer. Die Medien seien gekauft und im Journalismus trete die "Verwahrlosung" und die "zügellose Parteinahme allzu deutlich hervor". Wo er Recht hat, hat er Recht! Die Rede von der "Lügenpresse" ist nicht aus der Luft gegriffen, und der massive Rückgang der Abozahlen und der Klickraten bei den offiziellen Medien zeigt, daß die Menschen dies begriffen haben. Die Medien haben jegliches Vertrauen verloren. Sloterdijk bemerkt weiter, daß das Bemühen der Medien um Neutralität gering sei, "die angestellten Meinungsäußerer werden für Sichgehen-Lassen bezahlt, und sie nehmen den Job an".

Die Berichterstattung über die Flüchtlingskrise oder die aktuelle Situation in Polen oder über PEGIDA und AfD und in vielen anderen Bereichen zeigt dies. Man muß kein Freund dieser Bewegungen und Parteien sein, aber eine objektive, sachliche und argumentative Berichterstattung sollte man von den Medien schon erwarten dürfen.

Wie nicht anders zu erwarten, schlagen die angegriffenen Medien gleich zurück. Sloterdijk, früher mal ein Liebling der Medien, wird jetzt mit AfD und Pegida in eine Reihe gestellt. Argumente gegen die Behauptungen Sloterdijks findet man weiterhin nicht, es gibt ja auch keine Gegenargumente. Also macht man mit der Verunglimpfung weiter. Die Presse ist Sloterdijk zufolge nicht bloß käuflich, sie lügt auch. "Der Lügenäther ist so dicht wie seit den Tagen des Kalten Krieges nicht mehr". So ist es!

Der Philosoph betont im weiteren Interview die Notwendigkeit der Grenze und des Nationalstaates. Den Nationalstaat hält er für eine beständige Einrichtung, da er das einzige, halbwegs funktionierende politische Großgebilde sei. "Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. Auf die Dauer setzt der territoriale Imperativ sich durch. Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung."<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 30. November 2016: >>Diskussionskultur in Deutschland "Lügenpresse" ist keine Medienkritik

Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft. Mitten in der Nacht, alles schläft, einer wacht, und zwar Donald Trump, der erbost twittert. Auffällig oft beschimpft er dabei die Medien, und seine Grundhaltung läßt sich gut an den verwendeten Worten erkennen: "dishonest media" (unehrliche Medien), "failed badly" (haben völlig versagt), "crooked media" (korrupte Presse).

"Lügenpresse"! Ein Wort, eigentlich ein Schrei, dem man wenig entgegensetzen kann, wenn man sich selbst als Teil der Medien betrachten muß. Das Wort war bereits im Ersten Weltkrieg ein zentraler Kampfbegriff. Die Nationalsozialisten brachten ihn als Propagandaschlagwort mit dem Ziel der Gleichschaltung in Umlauf.

Eigentlich sollte das ausreichen, um ihn nicht bedenkenlos zu verwenden - aber in Zeiten von sozialen Medien hat "Lügenpresse" eine neue, ebenso gefährliche Färbung. Meine These: "Lügenpresse" ist eigentlich ein Ruf nach einer autoritären Gesellschaft. Deshalb ist dieser Kampfbegriff bei Donald Trump so gefährlich: Mit der Präsidentenwahl haben sich Trumps Attacken vom Wahlkampfgetöse in eine Regierungsstrategie verwandelt.

### **Ein Ruf als Symptom**

Trotzdem möchte ich den Ruf "Lügenpresse" in Deutschland auch als Symptom betrachten. Es ist kein Zufall, daß er mit dem Erfolg der sozialen Medien lauter wurde und inzwischen mit einer Haltung einhergeht, die eine Partei in die Parlamente getragen hat.

Es ist deshalb wichtig, mögliche Gründe auf Seiten der traditionellen Medienlandschaft in Deutschland zu betrachten. Denn es *gibt* ja Medienprobleme, und sie zu verschweigen, wäre ungefähr das kontraproduktivste, was man tun kann.

*"Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."*

Das hat kein "Lügenpresse-Schreier" gesagt, sondern der vermutlich nächste Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Funktion als oberster Diplomat, der dementsprechend diplomatisch formuliert. Tatsächlich sind die großen, wirkmächtigen Redaktionen des Landes nicht gerade überragend divers geprägt. Wenige Frauen in Führungspositionen, kaum Personen mit Migrationshintergrund, wenige behinderte Menschen.

### **Eindimensionalität mit Gelinggarantie**

Das entspricht zwar ziemlich sicher nicht der Hauptkritik des durchschnittlichen Lügenpresers. Aber Homogenität ist ein Rezept für Eindimensionalität mit Gelinggarantie. Und wenn man den Unterschied der Haltungen zwischen der urbanen, vernetzten, gut ausgebildeten Medienelite und den Leuten "draußen im Lande" betrachtet, erahnt man, welches Gefühl die Lügenpresse-Fraktion umtreibt: Niemand, der ist wie ich, schreibt in den großen Blättern. Boulevard als Imitation medialer Volksnähe hin oder her, auch diejenigen, die nicht "Süddeutsche", "FAZ", "Zeit" oder den SPIEGEL lesen, wissen um deren Deutungsmacht.

Zugleich fehlt in Deutschland insgesamt eine Fehlerkultur. In den Medien ist das besonders fatal, weil es ohnehin schwer ist, mit eigenen Fehlern offen umzugehen. Fehler auf der Bühne der Öffentlichkeit zuzugeben, ist noch viel schwerer. Besonders in wirtschaftlich problematischen Zeiten, denn die traditionelle Medienlandschaft hat große Refinanzierungsprobleme. Vor allem Google und Facebook saugen den für private Medien überlebenswichtigen Werbemarkt mit höchster Dateneffizienz und Aggressivität auf.

Wer aber mittelfristig um seine Existenz bangen muß, dem fällt es nicht leicht, aus einer Position der Stärke offen und souverän mit den eigenen Schwächen umzugehen. Aus diesen Gründen werden auch echte, von außen nachvollziehbare Fehler in Redaktionen oft nicht so behandelt, wie es das Publikum erwartet. Aus einem Irrtum - oder auch aus Wunschenken, gegen das niemand immun ist - kann so aus der Perspektive der Öffentlichkeit eine "Lüge" werden.

### **Ständige Selbsterklärung ist nötig**

Verstärkt wird dieser Effekt durch die im 20. Jahrhundert ausgebildete Haltung innerhalb der Medien, sich als Gatekeeper zu betrachten, also als Entscheidungsinstanz, was man dem Publikum auf welche Weise in welcher Tiefe mitteilt und was nicht. In Zeiten sozialer Medien aber ist diese Haltung ohne ständige Selbsterklärung, Transparenz und Fehlerkultur obsolet geworden.

Die vergleichsweise große Selbstähnlichkeit in den Redaktionen, die fehlerkulturarme Gatekeeper-Haltung und die Folgen des wirtschaftlichen Drucks betrachte ich als wichtige Gründe für das enorme Medienmißtrauen, das im Ruf "Lügenpresse" gipfelt. Wichtiger noch ist bloß -

eine Art Ideologie.

Äh, wie? Haben die Lügenpresseleute also doch recht, und es gibt eine gemeinsame, übergeordnete Ideologie? Jein - das hängt stark davon ab, was man unter Ideologie überhaupt versteht. Denn tatsächlich finden sich in sämtlichen relevanten Redaktionen der großen Medien (fast) ausschließlich Leute, die sich tendenziell als Demokraten verstehen (oder die zumindest in der Öffentlichkeit so auftreten). Und die vor allem schon durch ihre Funktion den Wert des Pluralismus schätzen.

### **Pluralismus ist wichtig**

Pluralismus - das ist der Schlüssel zum Verstehen der Lügenpressefraktion. Es handelt sich um den Wert, der in die journalistische Grundhaltung gewissermaßen ab Werk eingebaut ist, auf dessen Notwendigkeit sich beinahe alle innerhalb der klassischen Medien einigen können. Mehr noch: Pluralismus ist ein wesentlicher Aspekt des deutschen Grundgesetzes, denn dahinter steht das demokratische Ringen verschiedener politischer Gruppen um Einfluß und Macht. Zu dem essentiell ein breites Meinungsspektrum gehört.

Pluralismus wird deshalb innerhalb der Demokratie gar nicht als "Ideologie" wahrgenommen. Das kann tatsächlich zu Problemen führen, wenn zum Beispiel Zahlen und Fakten interpretiert werden müssen und Journalisten bewußt oder unbewußt ihre Haltung pro Pluralismus bei der Interpretation einfließen lassen.

Zumal zum Pluralismus auch die Agenda gehören kann, den Antipluralismus - oder das, was man dafür hält - zu bekämpfen. Aber jemand, dem "Pluralismus" ohnehin ungeheuer erscheint, der Meinungen, die nicht der eigenen entsprechen, als Angriff oder Bedrohung betrachtet - der sieht eine Ideologie darin. Das führt auf die Spur der tatsächlichen Bedeutung von "Lügenpresse".

### **"Lügenpresse" ist keine Medienkritik**

Es beginnt damit, daß "Lügenpresse" keine Medienkritik ist, sondern eine Generalverurteilung mit der Geschmacksrichtung "Verschwörung". In diesem Wort schwingt deshalb die Totalverweigerung der Diskussion und des Zuhörens mit. Diejenigen, die "Lügenpresse" auf den Pegida-Demos wieder in die Öffentlichkeit geschrien haben, üben diese Verweigerung auch aktiv aus. Wer "Lügenpresse" sagt, möchte sich damit selbst gegen jedes mögliche Argument imprägnieren. Denn eine offene Diskussion ist das Gegenteil eines jeden Extremismus.

Hier prallen soziale Medien auf klassische Redaktionsmedien. Die bürgerliche Presse war im 20. Jahrhundert meistens eine Plattform der Mäßigung und des Ausgleichs. Früher erlebte das Publikum die Welt selbst in der freiesten Medienlandschaft durch den mäßigen Filter der redaktionellen Auswahl und Einordnung, der sprachlichen Abstraktion und der nachrichtlichen Entemotionalisierung.

Und obwohl sie alternativlos ist, hat die mediale Mäßigung eine durchtriebene Zwillingsschwester: die Schönfärberei. Die sozialen Medien aber sind Gefühlsmedien, bei denen man sich - jeder sich! - in einer unendlichen Erregungsspirale verfangen kann.

### **Es gibt kein Meinungsspektrum**

Wer sich in eine sozialmediale Sphäre begibt, in der "Lügenpresse" zum guten Ton gehört, der braucht sowohl einen Ausgleich als auch viel Abstraktionsvermögen, um der Hyperemotionalisierung zu widerstehen. In den meisten klassischen Medien wird man zu Anlässen wie "Merkel tritt noch einmal an" positive, neutral berichtende und kritische Stimmen lesen können.

In den Zentralorganen der Lügenpressefraktion aber gibt es kein Meinungsspektrum: Merkel ist schlimm. In jedem einzelnen Artikel, Ausgleich null. Die Meinung gerinnt so zu einem gefühlt feststehenden Faktum.

Ein anonym, junger, weißer Mann hat soeben beschrieben, wie verführerisch und machtvoll diese Erzählungen sein können - wenn Mäßigung und Ausgleich fehlen. Er hat sich, eigentlich

einem linksliberalen Milieu entstammend, in die Gefühlsstürme des Hasses ziehen lassen. Er sagt sogar, daß es nur begrenzt hilft, wenn man die Mechanismen durchschaut. Demokratie steht und fällt mit der Kontrolle der Macht durch eine kritische Öffentlichkeit - aber die beruht auf pluralistischen Grundsätzen.

### **Ausschließlich die eigene Meinung**

Deshalb ist es so entscheidend, die antipluralistische Haltung hinter dem Ausruf "Lügenpresse" zu kontern, argumentativ aufzubrechen, und ja - zu bekämpfen. Nicht, weil die Medien immer richtig lägen oder aus schierer Neutralität bestünden. Sondern zur Verteidigung der Pluralität, ohne die eine demokratische Gesellschaft nicht funktioniert.

Wer aber "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß seine Meinung auch in den Medien sehen, da ist sie längst. Sondern ausschließlich seine Meinung. Und das ist die Brücke sowohl zum Autoritarismus wie auch zu Donald Trump. Der Medien nur dann akzeptiert, wenn sie seiner Meinung sind: ein Angriff auf jede Regierungskritik - die gezielte, demokratiefeindliche Abschaffung des Pluralismus.<<

### **Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 1. Mai 2017: >>ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"**

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.

Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben. Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechtzureden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht. Zuerst fing es bei "Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.

Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung".*

Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.

Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlt ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13 Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

### **Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung**

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg fin-

den", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an "falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.

Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.

Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassist oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.

Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt. Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.

Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen ...*

### **Es ging niemals wirklich um Höcke**

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem der dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weitermachen. Und das wird niemals enden.

### **Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit**

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.



Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und bössartigen, niveaulosen Attacken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

### **Ausblick**

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszuschießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckt, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?

Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<

### **3. Was machte Angela Merkel unumstritten zur gehorsamsten Erfüllungshelfin und willigsten Handlangerin der Neuen Weltordnung?**

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend; 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble und anderen Politikern in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.

Nach dieser Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohl gemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migrantinnen unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen ange-

lich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).

Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018. Starrsinnige Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" (seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. ungezählte ökonomische Existenzen zerstört und wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt).

Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>>Ein unterschätztes "Mädchen"

### **Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen**

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "De-

mokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. ...

Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):  
>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

... Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" ... als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heit-

mann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

*Von Henry Paul (freischaffender Künstler)*

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputzt werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln gehirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

**Sie hat geschickt agiert.** Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und

allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen. Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

**Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues** in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfiananzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

**Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten.** Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsfüßlichen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

**Weil unsere eigene Regierung,** die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegierten, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

**Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen.** Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<  
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016

(x887/...): >>Merkels Verachtung

Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin

Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern Sand in die Augen streuen.

Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die "Sorgen vor dem Islam" haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns "ein Stück Heimat verloren". Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorgetäuscht ist.

Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder konterte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewußte Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie – insbesondere durch Merkels Politik selbst – gestellt werden.

Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.

Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um "kulturelle Bereicherung". Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.

Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.

Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen "Deutschen Islamkonferenz".

Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, daß sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muß, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken läßt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, daß diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird.<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/...): >>Merkel schafft das "deutsche Volk" ab

"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."

Veröffentlicht von *Willy Wimmer*

Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über

das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingelassen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

### **Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien**

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**

... Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."

**HÖRT, HÖRT!**

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zu Gunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/17-21): >>Von der amerikanischen zur islamischen Kanzlerin  
\_ von Jürgen Elsässer

Noch nie gab es in Deutschland einen Regierungschef, der US-höriger war als Angela Merkel. Doch seit Donald Trump im Weißen Haus residiert, hört man aus Berlin energische Widerworte. Zu den Streitpunkten gehört die Masseneinwanderung, an der die Christdemokratin unbedingt festhalten will.

... Grund ihrer Frustration war die Weigerung Trumps, in der Abschlusserklärung die üblichen politisch korrekten Sprechblasen mitzutragen: das Bekenntnis zu offenen Grenzen, zum unregulierten Freihandel und zum sogenannten Klimaschutz. Diese Zielsetzungen waren auf früheren Zusammenkünften maßgeblich von Merkel und dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama vorangetrieben worden.

Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, daß er in diesen drei Punkten nicht mitziehen wolle, da sie den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten widersprächen. Die Kanzlerin hingegen hält dogmatisch an der globalistischen Agenda fest, was sie in den Augen der weltweiten Eliten zur neuen Führerin des Westens prädestiniert. Bereits nach Trumps Wahlsieg im November 2016 wurden ihr Lorbeerkränze geflochten. Die New York Times titelte: "Während Obama die Weltbühne verläßt, mag Angela Merkel die letzte Verteidigerin des liberalen Westens sein." Und das Finanzportal Bloomberg schrieb: "Angesichts einer isolationistischen USA ... ragt die 62-jährige Merkel als Leuchtfener liberaler, westlicher Autorität hervor wie nie zuvor." ...

### **Rechtsbrecherin Merkel**

"Was Merkel getan hat, ist geisteskrank", sagte Trump bereits während seines Wahlkampfes über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, und eines seiner stärksten Argumente gegen seine Gegenkandidatin war, daß "Hillary Clinton Amerikas Angela Merkel werden will". Tatsächlich hat die Christdemokratin mit ihrer Grenzöffnung am 4. September 2015 den ihr anvertrauten Staat und das Volk unerhörten Gefahren ausgesetzt.

Obwohl die Refugees-welcome-Politik eindeutig dem Grundgesetz widerspricht, gab es keine vorherige Beratung im Regierungskreis, die Sicherheitsbehörden wurden ebenso wenig konsultiert. Horst Seehofer beschwerte sich später, nicht einmal per Telefon informiert worden zu sein. Später rechtfertigte sie sich:

"Es gibt Situationen, in denen muss entschieden werden." (FAZ, 16.9.2015) Die passivische Formulierung verdeckt: Sie war es, sie allein, die entschied.

Auf Nachfragen zu den schnell explodierenden Asylzahlen bekannte die ansonsten kirchenferne Frau in den Folgewochen: "Der Herrgott hat mir diese Aufgabe auf den Tisch gelegt." Als Seehofer sie wegen der unabgesprochenen Grenzöffnung rüffelte, flippte sie regelrecht aus: "Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, daß wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."

Besonders schockierend war, daß sie nach einem Finanzstreit mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesagt haben soll: "Ich glaube, der Tötungsvorgang ist im Gange." (FAZ, 19.9.2015, S. 3) Welchen Herrgott rief sie an, welchem Land entzog die Allergnädigste ihre Gunst, welchen Tötungsvorgang wollte sie in Gang setzen? Oder anders gesagt: Kann man solchen Worten noch irgendwelche Rationalität unterstellen, und sei es die der Herrschaftssicherung, oder ist diese Person - wie Trump sagt - tatsächlich verrückt geworden?

Die letzten Monate des Jahres 2015 erinnerten auf unheilvolle Weise an den Beginn der Nazi-Diktatur, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen: Nicht Nationalsozialismus, sondern antinationaler Sozialismus scheint als Merkels Ziel auf - die Verteilung der Reichtümer Deutschlands an die ganze Welt. Auch ansonsten gibt es erschreckende Parallelen.

Man lese den Aufsatz Carl Schmitts mit dem Titel "Der Führer schützt das Recht" aus dem



Jahre 1934; der Staatsrechtler billigte Adolf Hitler darin uneingeschränkte Machtbefugnisse zu, solange das Vaterland durch "die Denkweise eines liberalen "Rechtsstaats" gelähmt" sei, indem er "im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft".

### **Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot.**

In dem vor Kurzem erschienenen Buch des Welt-Journalisten Robin Alexander mit dem irreführenden Titel Die Getriebenen finden sich immer wieder Belege, daß Merkel gerade nicht kopflos-getrieben, sondern kalkuliert handelte. Ein Beispiel dafür waren die Verhandlungen um den Asylpakt EU-Türkei am 6. März 2016 in Brüssel.

Zwar ist der Kern des Abkommens bekannt - die Türkei nimmt aus Griechenland abgeschobene Illegale zurück, darf aber im Gegenzug dieselbe Anzahl an Flüchtlingen ins Flugzeug nach Deutschland setzen, und wir dürfen das auch noch bezahlen -, aber Alexander verweist auf eine geheime Zusatzklausel, die durch mehrere Teilnehmer bezeugt wird: Merkel hat zugestimmt, daß "zwischen 150.000 und 250.000 Flüchtlinge ... pro Jahr aus der Türkei nach Europa umgesiedelt werden". Und weiter: "Das türkische Innenministerium erstellt eine Liste mit den Namen von Flüchtlingen, die aus seiner Sicht in die EU weiterreisen dürfen. ... Akademiker oder Facharbeiter sind auf der Liste allerdings nicht verzeichnet. Qualifizierte Flüchtlinge will die Türkei nämlich behalten.

... Zum ersten Mal entscheiden nicht deutsche Beamte oder Richter, wer in Deutschland Schutz bekommt - sondern ein fremder Staat, der selbst Oppositionelle verfolgt."

### **Kurskorrektur auf dem Papier**

Im Bundestagswahlkampf bemüht sich Merkel um kosmetische Korrekturen ihrer Einwanderungspolitik: Ihren berüchtigten Satz "Wir schaffen das", den sie 2015/2016 zimal öffentlich intonierte, hat sie im laufenden Jahr nicht wiederholt. Die Antiterrorereinsätze der Sicherheitsbehörden wurden sichtlich intensiviert, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière durfte sogar Thesen zur deutschen Leitkultur aufwärmen. "Wir sind nicht Burka", verkündete er vollmundig in der Bild am Sonntag.

Aber das waren nur Worte. In der Realität hat sich nichts geändert. Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot. Die von der CSU geforderte Obergrenze für Einwanderung lehnt Merkel ab, und die im Kabinett tatsächlich beschlossenen Abschiebungen nach Afghanistan finden in der Realität nicht statt.

Besonders bezeichnend: Der CDU-Parteitag im Dezember 2016 beschloß zwar ein Ende des von Erdogan-Türken weidlich ausgenutzten Doppelpaß-Unwesens - aber diese Forderung taucht im Bundestagswahlprogramm der CDU nicht auf. Kein Wunder: Derselbe Parteitag bestätigte Merkel, die den Doppelpaß verteidigt, mit einem Honecker-Ergebnis in ihrem Spitzenamt. Ihre oberste Priorität bleibt das Postulat: "Der Islam gehört zu Deutschland."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/68,70): >>**Honeckers Erben, Merkels Helfer**

*\_ von Martin Müller-Mertens*

Als "Gysis bunte Truppe" verteidigte die PDS in den 1990er Jahren die Interessen des Ostens. Die heutige Linken-Führung hat die Partei auf den Kurs des Establishments gebracht: Gegen das Volk, für Asylwahn, Genderkult und Kriegseinsätze.

### **... Volkstod und Nazi-Kinder**

Diese Haltung mögen Teile der ostdeutschen Basis bis heute teilen - im Funktionärsapparat ist sie jedoch marginalisiert. Besonders ungeschminkt pöbelte die Leipziger Linken-Politikerin Christin Löchner 2012, welcher Hass auf das eigene Volk mittlerweile kultiviert wird: "Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschechen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen."

Die medienerfahrenen Spitzenvertreter der Partei mögen derlei Gossengeplärre vermeiden. Doch auch Gysi entfuhr es im Mai 2015: "Jedes Jahr sterben mehr Deutsche als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen; und schon deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen." Deutsche Eltern gleich Nazis - so offenbar die krude Logik des Bundestagsabgeordneten.

Statt für das Volk tritt die Partei als Sachwalterin eines Sammelsuriums allerlei ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten auf. Das Subjekt der Vergottung sind Rapefugees und Gender-Homunkuli. Im April 2015 bemühte sich die Linke in ihrem Aktionsprogramm "Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0" sogar um eine theoretische Begründung des Migrationskultes: Mit der Asylinvasion werde ein neues revolutionäres Subjekt ins Land geschwemmt, daß die saturierte Arbeitsklasse ablösen könne. "Deswegen sind die Bewegungen ... für die Rechte der Flüchtlinge, die vor Armut, Krieg und auch vor den Folgen des Klimawandels fliehen, Gespenster, die wir willkommen heißen." Im Refugees-welcome-Blindflug Angela Merkels steht die Linke daher in Treue fest zur CDU-Frau.

### **Für das Kopftuch, überall**

An die Stelle traditioneller linker Religionskritik trat der hysterische Kampf gegen angebliche Islamophobie - und die gleichzeitige Akzeptanz nahezu aller mohammedanischen Unsitten in Deutschland. "Wir sehen daher die Notwendigkeit, als Linke in der Debatte grundsätzlich Position zu beziehen - für das Recht, Kopftuch zu tragen, überall", verkündeten die Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz und Cornelia Möhring 2015. Fünf Jahre zuvor hatte Buchholz sogar ein Burkaverbot als "absurde Gespensterdebatte" diskreditiert. ...<<

### **4. Wieso begann ab 2015 eine regelrechte Massenmigration nach Europa?**

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Die USA wollten angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisierten danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgten regimefeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) förderten letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für die Destabilisierung des Nahen Ostens (x348/40-

42): >>9/11 - Die Mutter aller Lügen

\_von Oliver Janich

Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.

Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinnes gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.

## Die Smoking Gun

Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.

Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Deshalb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd. Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.

Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (*aefor911truth.org*) angeschlossen, die die oben beschriebene Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte. ...

### Weisheiten

*"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."*

(G. W. Bush, 10. November 2001) ...

*"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."*

(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)

*"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."*

(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

### Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayetteville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.

... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."

Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph, "schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."

Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001

wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.

Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.

Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News, 5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)

Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gebrängte Finanzminister Paul O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.

Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung. Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor, der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.

Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab. Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<

Der US-amerikanische Investor George Soros berichtete am 2. Oktober 2015 in der Tageszeitung "Die Welt": >>Plan für Europas Flüchtlingskrise

Der Exodus aus Syrien hätte nie in eine Krise münden müssen. Jetzt muß Europa mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren. Sie muß die Panik und das unnötige menschliche Leiden beenden. ...

### **Die EU muß jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen**

Angesichts dessen, daß der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muß das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden.

Dementsprechend muß ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen.

Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt

und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit dem Problem der erzwungenen Migration eingeführt.

Erstens muß die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muß die Last fair verteilt werden.

### **Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling**

Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muß während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. ...

Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg. ...

### **Orbán's Plan droht die EU zu teilen und zu zerstören**

Und um schließlich über eine Million Asylsuchende und Migranten jährlich aufnehmen zu können, muß die EU den privaten Sektor - NGOs, Kirchengruppen und Unternehmen - dazu mobilisieren, als Sponsoren aufzutreten. Dazu ist nicht nur eine ausreichende Finanzierung erforderlich, sondern auch die menschlichen und computertechnischen Mittel, um zwischen Migranten und Sponsoren zu vermitteln. ...

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechspunkteplan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen mißachtet, droht die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen.

Die EU muß darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden. ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Oktober 2015 (x892/...): >>Die Völkerwanderung

Unter dem Titel "Die Völkerwanderung" hat der Regens des Priesterseminars Herz-Jesu und geistliche Beirat des Civitas Instituts, Pater Franz Schmidberger, eine Analyse der derzeitigen Masseneinwanderung nach Europa und Deutschland veröffentlicht. Die Analyse nimmt besonders die religiöse Dimension in den Blick, denn die nahezu eine Millionen Einwanderer aus dem Nahen Osten sind in der Mehrzahl Moslems. Pater Schmidberger stellt die Frage: "Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall?"

### **DIE VÖLKERWANDERUNG**

Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall? Wir glauben es nicht. Sie hat vielmehr ihre mehr oder minder offenkundigen Gründe. Zählen wir einige davon auf.

1. Der westliche Liberalismus hat in Europa ein geistiges Vakuum geschaffen. Ein Vakuum bleibt aber nie als solches bestehen, es zieht außerhalb Liegendes an. So zieht der religiöse und moralische Verfall jene Völker an, die, wenn auch einem falschen und gefährlichen Glauben verpflichtet, diesen doch bis in die letzte Konsequenz leben, wie dies eben beim Islam der Fall ist.

2. An der Mittelmeerküste zwischen Genua und Nizza liegt die Geburtsrate pro Frau bei 0,6 Kindern, im gegenüberliegenden Marokko und Algerien bei 6 Kindern. In den Ländern Mitteleuropas insgesamt ist es nicht viel besser, so in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien. Dabei sind in den entsprechenden statistischen Erhebungen die kinderreichen Einwandererfamilien aus Algerien in Frankreich und aus der Türkei in Deutschland schon mit eingerechnet.

3. Es gibt Kräfte, die an einer systematischen Zerstörung der letzten Reste des christlichen

Erbes in Europa arbeiten. Was ist leichter, als durch einen solchen Zustrom von vor allem jungen islamischen Männern das Christentum auszuhebeln?

Hier und dort hört man, daß das Geld für die Schleuser aus den USA fließt und die französischen Behörden in den Ländern Nordafrikas die Massenflucht mit organisieren. Saudi-Arabien bietet der Bundesrepublik Deutschland wohl keine Flüchtlingshilfe an, wohl aber den Bau von 250 Moscheen. Menschen, die inmitten dieses Chaos zu Besonnenheit aufrufen, wie der ungarische Präsident Orbán, werden als Rechtsradikale verschrien. ...

4. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese nämlichen antichristlichen Kräfte sind, die Bürgerkriege im Irak und in Syrien entfesselt haben, welche jetzt einen Teil der heutigen Asylanten in die Flucht getrieben haben. Wer hat vor einigen Jahren den sogenannten "arabischen Frühling" inszeniert? Wer hat den Irak unter Saddam Hussein mit dem Vorwand angegriffen, er besitze Massenvernichtungsmittel, was sich in der Folge als falsch, als Lüge entpuppt hat? Als dieser Tage Rußland in der UNO die Resolution einbrachte, die IS als terroristische Gruppe einzustufen, scheiterte der Antrag am Widerstand der USA Obamas.

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Folgen dieser Masseninvasion. Kurzfristig stehen die Asylanten, meist junge Männer, da ohne Arbeit, ohne Kenntnis unserer Sprache, ohne das geringste Interesse an einer Integration. Schwere soziale Unruhen kann man für die nahe Zukunft sich an der Hand abzählen. Längerfristig gesehen werden die angestammten Europäer sich in ein neues Europa mit der Scharia integrieren müssen.

Frau Aydan Özoğuz, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, seit Dezember 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, sagt unverblümt, daß die Europäer sich in Zukunft täglich ihre Rechte erstreiten müssen. ...<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?

#### **Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe**

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

... Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. ... "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit vom 11.9.2015. Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang. ...

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.

Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder

tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."

In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar.

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen. ...

Immer öfter wird ... die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. ...

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.

Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.

Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist? ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/58-59): >>>Die Patin des Dschihad

\_ von Norman Hanert

Hillary Clinton sieht sich mit einem schweren Verdacht konfrontiert: Während ihrer Zeit als Außenministerin soll sie die Verschiffung von Waffen, auch Giftgas, vom libyschen Bengasi an Terroristen in Syrien zugelassen haben - ebenso wie die Ermordung des US-Botschafters, eines Mitwissers der Operation.

### ... Operation unter falscher Flagge

Doch mittlerweile wird Clinton nicht nur Versagen beim Schutz des US-Konsulats vorgeworfen. Es geht um viel Brisanteres, nämlich um Waffenlieferungen aus Libyen an die syrischen Terroristen. Im Bengasi-Untersuchungsausschuß des US-Kongresses wurde "Killary" direkt darauf angesprochen, ob sie Kenntnis davon gehabt habe, daß über die Hafenstadt Kriegsgerät der geschlagenen Gaddafi-Truppen via Türkei in die Levante verschifft wurde. Clinton bestritt dies und verwies auf die CIA. Tatsächlich ist inzwischen erwiesen, daß es in Bengasi, räumlich getrennt vom US-Konsulat, eine CIA-Filiale gegeben hat.

Aber konnte die CIA ohne Zustimmung des Außenministeriums tätig werden? Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh jedenfalls macht Clinton für den geheimdienstlich organisierten Schmuggel aus Bengasi mitverantwortlich. Mit aktiver Unterstützung der CIA sollen syrische Rebellen neben tragbaren Flugabwehrraketen sogar Sarin aus den Depots der besiegten libyschen Armee erhalten haben. Dieses Giftgas soll am 21. August 2013 in Ghuta, einem Vorort von Damaskus, gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz gekommen sein. Mit mindestens 281 Toten - andere Schätzungen gehen von über 1.700 aus - war dies die bis dahin schlimmste Greuelthat seit Beginn des Bürgerkrieges 2011.

Innerhalb weniger Tage beschloß die US-Regierung damals einen Vergeltungsangriff auf Syrien - aber nicht gegen die islamistische Opposition, sondern gegen die legitime Regierung von Baschar al-Assad. Die 6. Flotte ging im Mittelmeer in Stellung.

Zur Begründung sagte Obama Anfang September 2013: "Wie ich schon letzte Woche gesagt habe, ... haben wir sehr große Sicherheit, daß Syrien chemische Waffen für wahllose Morde an tausenden Menschen einsetzte, darunter mehr als 400 Kinder, und den internationalen Vertrag gegen chemische Waffen verletzte. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Region dar. Als Konsequenz müssen Assad und Syrien zur Rechenschaft gezogen werden."

### **Die Terroristen sollen mit Hilfe der CIA Giftgas aus Libyen erhalten haben.**

Doch im letzten Augenblick wurde der vom Weißen Haus bereits angekündigte Krieg abge sagt. Ausschlaggebend waren letzten Endes offenbar nicht Bedenken des Pentagon vor einem Flächenbrand im Nahen Osten, sondern ein drohendes Scheitern Obamas im US-Kongreß: Hersh zufolge mußte Obama fürchten, daß die Abgeordneten einen Einsatz in Syrien nicht einfach durchwinken würden. Nicht auszuschließen ist vor diesem Hintergrund, daß auch der konkrete Anlaß für einen Krieg, der Giftgaseinsatz von Ghuta, genauer untersucht worden wäre - die Rolle von Obamas Parteifreundin Hillary beim Sarin-Schmuggel via Bengasi wäre dann kaum noch zu verheimlichen gewesen.<<

## **5. Weshalb führt die gelenkte NWO-Migrationspolitik langfristig zur Auflösung von monokulturellen Staaten?**

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen



Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichts-determinismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. ...<<

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

Werden die Prognosen Realität, müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Ansicht des IW spätestens 2017 wieder neue Kredite aufnehmen. Zwar könne Schäuble in diesem Jahr auf eine Zwölf-Milliarden-Euro-Rücklage aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, allerdings handele es sich dabei um einen Einmaleffekt.

### **Herausforderung für den Arbeitsmarkt**

Die Bundesagentur für Arbeit geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent."

Die Bundesagentur für Arbeit kalkuliert nach Scheeles Angaben 2016 mit 350.000 Flüchtlingen, die auf die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen sein werden. Die Kinder, die jetzt hier in die Schule kämen, hätten gute Perspektiven, die Fachkräfte von übermorgen zu werden. "Wer unter 35 ist, hat gute Chancen, sich für eine Arbeit zu qualifizieren. Für Menschen, die deutlich über 40 sind, wird es schwierig", sagte Scheele.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. April 2016: >>**Soros und die Menschenschlepper**

In einem Interview benannte der ungarische Premier (Viktor Orban) die treibenden Kräfte hinter der Flüchtlingsinvasion: Ein internationales Netzwerk aus Aktivisten, Ideologen und Geschäftemachern betreibt die Zerstörung der europäischen Nationalstaaten.

Schauen Sie es sich an, nicht nur die Völker Europas sind dabei, zu erwachen, sondern jetzt formulieren auch schon immer mehr Regierungen, daß die Grenze keine schlechte Sache ist, sie dürfe aber nicht offen sein, die Grenze müsse kontrolliert werden. Und es taucht auch eine andere Frage auf - im Laufe der Zeit erhält sie ein immer größeres Gewicht:

Wer hat die Führer Europas oder einige seiner Führer dazu ermächtigt, solch eine Politik zu betreiben? Wann ist das geschehen und wer hat es getan? Dies ist ein demokratischer Kontinent, wann hat man und wer hat darüber abgestimmt, daß hierher illegal millionenfach Menschen von außerhalb unseres Gebiets hereingelassen und diese dann verteilt werden? Wo haben wir hierüber entschieden? Weder im Rahmen nationaler Parlamentswahlen ist solch eine Entscheidung gefällt worden, noch ging es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament um solch eine Frage.

Das, was heute geschieht, entbehrt der demokratischen Grundlage. Mag sein, daß es liberal ist - wie das in Brüssel viele glauben -, doch es ist keinesfalls demokratisch. Man kann die Meinung der Menschen nicht negieren, sie außer Acht lassen, man muß sie zu einem gewissen Maße - natürlich am besten so stark wie möglich -, man muß die Meinung der Menschen in die politische Entscheidungsfindung einbauen. Es gibt keine europäische Politik ohne den Respekt für die Meinung der Bürger in den Mitgliedstaaten. Heute geschieht dies aber, und hieraus können auch eine innere Spannung und eine Krise der Demokratie in Europa entstehen, was wir vermeiden sollten.

### **Sturz in die Anarchie**

Und es gibt noch eine Erscheinung, die man ansprechen muß, denn schließlich: Worauf war unser Kontinent stolz? Selbstverständlich war er stolz auf seine wissenschaftlichen Entdeckungen, auf seine Hochkultur, stolz auf seinen Wohlstand. Wenn auch im Weltmaßstab im Wettbewerb die von unserer Wirtschaft eingenommene Position schwächer wird, so sind wir immer noch der Kontinent in der Welt, auf dem es sich am besten leben läßt. Es gibt einiges, auf das wir stolz sein können, doch worauf wir am meisten stolz waren, war, daß man hier frei sprechen konnte, daß hier Gedanken-, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Rede herrschten. Jetzt schauen Sie sich nur an, wohin wir gekommen sind.

Das Wort "Zaun" kann man nicht mehr aussprechen. Nicht, weil der österreichische Bundeskanzler dieses Wort nicht kennt oder seine Lautbildungsorgane auf einmal gelähmt wären! Sondern es hat sich in Europa ein Meinungsklima, ein Hauptstrom, ein solcher Druck herausgebildet, eine derartige Meinungsunterdrückung, daß die Politiker es gar nicht wagen, im Zeichen einer anderen Konzeption, eines anderen Gedankenganges das Wort zu ergreifen. Grenze, Zaun, Kontrolle, Nationalstaat - dies sind heute in Europa für die gewählten führenden Politiker gefährliche Ausdrücke. Nun, so weit sind wir gekommen...

### **Gier und Ideologie**

Heute bewegen meiner Ansicht nach zwei Dinge den Flüchtlingsstrom, diese Migrantenfut, diese Invasion. Das eine ist das Business, das Geschäft. Heute ist also der größte Auftrieb nicht der Krieg und nicht das Elend und die Unsicherheit, denn sie kommen gar nicht mehr aus einer Kriegsregion. Aus der Kriegsregion sind die Menschen schon in Flüchtlingslager gegangen, wo sie heute in keiner unmittelbaren Lebensgefahr mehr sind. Es strömen also Menschen, die in keiner unmittelbaren Lebensgefahr sind, nach Europa hinein, und dies ist deshalb so, weil die Menschenschlepper ein Schleppernetz aufgebaut haben, das mehrere zehntausend Menschen beschäftigt.

In Deutschland sind auch Schätzungen über die Größenordnung der Summe veröffentlicht worden, die im Laufe eines Jahres auf der ganzen Welt und auch gesondert in Europa bewegt wird. Dies ist eine riesige Summe, und heute ist dies das Geschäft, so wie wir dies auch auf zahlreichen anderen Gebieten der Welt, das heißt auf anderen Gebieten des Lebens, sehen: Das Geschäft und das Geld bewegen diesen Strom. Die Menschen werden geradezu angeworben, damit sie kommen.

Und die zweite Sache sind die Aktivisten. Es gibt eine Denkweise in Amerika und in Europa, im Westen, sie verfügt über ein ausgebautes Netz von Aktivisten. György (George) Soros - nur damit auch wir Ungarn erwähnt werden - steckt da mit drin, sein Name symbolisiert vielleicht am stärksten jene, die alles unterstützen, was die Nationalstaaten schwächt, alles unterstützen, was die gewöhnliche europäische Lebensweise verändert, von den Fragen der Lebensweise bis hin zur Einwanderung.

Diese Aktivisten, die den Einwanderern helfen, werden im Grunde unwillentlich Teil dieses internationalen Menschenschleppernetzwerkes. Diese beiden Dinge schieben die Menschenmassen hoch nach Europa, während in Brüssel Menschen sitzen, die vorerst ratlos sind, Papiere fabrizieren und keine Entscheidungen fällen, und unter denen sich im Übrigen ebenfalls sehr viele Menschen befinden, die wie diese Aktivisten denken.

Nicht aus dem Blickwinkel der nationalen Verantwortung, der Verantwortung gegenüber der eigenen Nation, der Verantwortung für die kulturelle Identität Europas betrachten sie diesen Prozeß, sondern ganz anders: in einer abstrakten Menschenrechtsdenkweise. Die hat ihre eigenen Theorien, diese sind niedergeschrieben und veröffentlicht worden. Worüber ich spreche, ist keine Wahnidee, sondern ein publizierter, niedergeschriebener Gedanke, von sehr ernsthaften, sehr hochgeschätzten europäischen linken Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern.

Von dem aus gesehen ist das, was jetzt geschieht, diese Einwanderungsflut, keine schlechte Sache, sondern eine gute Sache, die ihnen dabei hilft, daß ein von ihnen erdachtes Europa entsteht. Wir verstehen dies nicht, denn es steht im Gegensatz zur Vernunft, wir denken ganz anders. Es ist schwer, einem ungarischen Menschen zu erklären, was jetzt geschieht: daß von außen, durch eine Invasion, gegen unseren Willen die kulturelle Identität unseres Kontinents und unserer Heimat verändert wird.

Was ist gut daran? Wir verstehen das nicht, aber es gibt Menschen, die davon leben, hierüber Theorien herzustellen, Bücher zu schreiben, Aktivisten auszubilden und diese dann in den verschiedenen Teilen der Welt zu stationieren und sie im Zeichen dieses Gedankens und dieses Geistes wirken zu lassen. Dies ist heute ein Bestandteil der modernen Welt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>Milliardengeschäft Asylindustrie

**Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.**

Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

**Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher.** Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben.

Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

**Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben.** Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

**Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.**

Von einem "Konjunkturreffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll. ...

Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundestags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffentlichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, damit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.

Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverbund mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>**Merkels Flüchtlinge!**

Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière, CDU, im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten von rd. 6,3 Millionen habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.

- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte nicht anerkannte Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen - 2015: 5,7 Prozent -. Tendenz stark steigend!

Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.

Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen der Deliktzunahmen:

- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!
- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!
- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migra-

tionshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.

- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche  
- also 14-mal so oft! ...

In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.

Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfthemen. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel - ohne Zustimmung des Bundestages - das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den nordafrikanischen Maghrebstaaten und der Sahelzone, wie z.B. Nigeria und Eritrea.

Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen. Wer es wagte, diese selbstmörderische Destabilisierungspolitik bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die gleichgeschalteten Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt.

Infolge dieser unentschuldbaren illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese enormen "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich aufzubringen und werden sicherlich langfristig das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vernichten. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel - "Wir schaffen das ..." - vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr weiterhin keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Der deutsche Staat bemüht sich demnach zweifelsfrei nicht mehr um das Gemeinwohl des deutschen Volkes, sondern die derzeitige "Scheindemokratie" vertritt gegenwärtig fast ausschließlich nur noch die Interessen von angeblich "schutzbedürftigen Ausländern" (Migranten und sonstige bedürftige Gruppen).

Die Auflösung des monokulturellen Staates durch die Flutung mit Millionen von Migranten führt zwangsläufig zur Schaffung eines leicht zu lenkenden "Lumpenproletariats" in Parallelgesellschaften ohne nationale Kulturwerte. In zahlreichen deutschen Städten beträgt der Anteil der islamischen Neugeborenen bereits 50 % bis 80 %. Die große Mehrheit der Muslime hält "religiöse Gesetze" grundsätzlich für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben und bestätigen, daß nur eine mögliche Auslegung des Korans existiert. Diese Muslime halten daher den bevorstehenden "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" für unumgänglich.

Der Islam, der sich seit seiner Entstehung als Religionsgemeinschaft tarnt, war nie eine Religion des Friedens. Der Islam war immer eine religiös-politische Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, die nachweislich die Weltherrschaft anstrebt (Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht.").

## **6. Warum bezeichnete man die globale "Flüchtlingskrise" später als "Austauschmigration"?**

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten. <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen. <<

Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September 2016 (x892/...): >>Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören

Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes Luxemburg hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.

"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechnete Boote und Schiffe versenken.

Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.

Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum über die Aufnahme von Einwanderern dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossenen Juncker, Verhofstadt und Schulz.

Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.

Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.

Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."

Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudämmen.

Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen werden." - Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister ...: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.

Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2017: >>>**Strategie der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung**

Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.

Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.

Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UdSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.

Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unvernetzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei! Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen" Kapitalismus garantieren solle. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.

Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" ...<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017:

>>>**Bürgerkrieg in Europa: Die Luntten lodern an allen Enden**

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht. Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Un-



menschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren in Frankreich, Großbritannien und Schweden ... waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.

Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden. ...

Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland. Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.

Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten.

...

In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.

Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.

Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Luntten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.

Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt". Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, schießegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft". Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

### **Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands**

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden ein "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz, SPD, der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>... Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Nichts ist mehr wie es war ...

Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.

Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. ...

Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war ...

Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.

Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmal das Messer als Waffe eingesetzt.

Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.

Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.

Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.

Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpollerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichste, geradezu ins Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Februar 2018: >>Wir wagen ein "historisch einzigartiges Experiment" - Schock-Geständnis in den "Tagesthemen"

Von *Katja Wolters*

Ein Harvard-Politikwissenschaftler plaudert in der ARD über die stattfindende Volkszersetzung.

Tagesthemen am Dienstagabend. Nach einem Schauerbericht über das Vorbeiziehen der AfD an den Sozialdemokraten, befragt Caren Miosga den in Deutschland geborenen Harvard-Politikwissenschaftler Yascha Mounk zur Lage der Demokratie in Deutschland.

Warum ist das "Grundvertrauen in die etablierte Politik so zurückgegangen", fragt Miosga. Die schockierend ehrliche Antwort: Weil "wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich

auch zu vielen Verwerfungen."

Wow! Mounk, der für Globalistenmedien, wie Foreign Affairs, Financial Times und Die ZEIT schreibt, gesteht, daß mit Europas Völkern gerade unter der Tarnmaske der Flüchtlingskrise tabula rasa gemacht wird.

"Einzigartig, unfäßbar frech, anmaßend", kommentiert Martin Sellner das Gehörte (siehe Video oben). "Wer ist Teil dieses wirs", fragt Österreichs IB-Chef, also Teil derer, die dieses "einzigartige Experiment" wagen? Das ist "die kosmopolitische Medien- und Finanzelite, die Asylinindustrie".

Mittels einer "globalen Transaktionsstrategie" von Ressourcen aus Überschußgebieten in Regionen des Mangels solle die Globalisierung über die kommenden Jahrzehnte abgesichert ... werden. ... Komplettiert wird die globale Umverteilung vom "Strom der Völker" aus der "Kluft" hinein in den "alten Kern". Schon 2004 forderte Barnett, bis 2050 sollte Europa jährlich 1,5 Millionen Zuwanderer aufnehmen.

Barnett ... bezieht sich auf einen im März 2000 erschienenen Bericht der UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Um etwa in Europa den Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, warnte die Weltorganisation, müßten "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden". In der deutschsprachigen Fassung des UNO-Berichts ist daher die Rede von einer "Bestandserhaltungsmigration". Die richtige Übersetzung des englischen Originalbegriffs, "replacement migration", ist hingegen Nachfolge- oder Austauschmigration.

Sellner: "Niemals vergessen. In diesem Experiment sind wir die Laborratten und die "Verwerfungen" erleben wir täglich auf unseren Straßen. Wehrt euch gegen den Großen Austausch!"

Katja Wolters ist bekennende Lipstick-Feministin, selbstbewußt und betont weiblich zugleich. Die zweifache Mutter und freie Journalistin lebte lange in England. Die Abwesenheit schärfte ihren Blick auf die Heimat. Denkverbote kennt sie nicht, Probleme nennt sie sofort beim Namen. Dafür lieben wir sie.<<

Herbert Ludwig berichtete am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über zukünftig drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland (x963/...): >>**Bürgerkriege voraussehbar**

*"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."*

Helmut Schmidt (SPD) 1981

Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.

Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

### **Auseinandersetzungen der Einheimischen**

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus "humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.

Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschisten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt.

In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, *"die aber"*, so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, *"mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen."*

*Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."*

Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, *"in dem andere Meinungsäußerungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."*

Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

### **Kein wirklicher Integrationsprozeß**

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfände. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig

weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. *"Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."*

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.

Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. "Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören." Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrlichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapitulierte vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "No-go-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.

Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

### **CIA-Studie**

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

*"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um*

*das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.*

*Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.*

*Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet haben, als "Vorboten" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.*

*Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergange gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."*

### **Gegenwart**

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorboten des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. "Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt", notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Bettdecken, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.

Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die "sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.

Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.

Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.

Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.

Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.

Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.

Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.

*"Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. ... Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."*

*"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde", sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. "Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*



## **Was bedeuten Bürgerkriegszustände?**

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

*"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen.*

*Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.*

*Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.*

*Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.*

*Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."*

### **Der Staat bereitet sich vor**

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete führen würden.

*"Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele ... derzeit noch völlig ruhig ... erscheinen mögen. ... Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'sozia-*

*le Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. ... Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."*

Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: "*Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff*", was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

*"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch",* berichtete kürzlich RT-Deutsch.

Auch *"die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar bei "vom Menschen verursachten Katastrophen",* meldete der Schweizer Rundfunk. ...

*"Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."*

Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

### **Totalitäre Neuordnung**

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Langleweiligkeit und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünwald erwartet:

*"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht.*

*Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht*

*Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.*

*In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.*

*Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."*

Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>**Das Leid unserer Schüler**

\_von Rüdiger Lenhoff

Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.

Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."

Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.

In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:

In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:

Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

## Kalifat NRW

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürften gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.

In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

**Umvolkung im Kindergarten**  
Anteil der bis zu 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund (ohne Flüchtlinge) in Prozent (Stand 2017).

Offenbach	> 80,00 <sup>1</sup>
Frankfurt/Main	75,61
Augsburg	61,54
München	58,44
Bremen	57,58
Duisburg	57,14
Stuttgart	56,67
Darmstadt	52,76

\* lt. Welt Online, 14.02.2017  
Quelle: Statistische Ämter Bund/Länder  
Grafik: COMPACT

Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandereranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."

Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.

Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.

Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migranten Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

### **Archaische Stammeskämpfe**

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantenanteil von 90 Prozent und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.

Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.

Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:

Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:

"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre ... Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."

Bei der Rudelbildung spielt übersteigter Nationalismus eine große Rolle - während den deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

### **Flucht auf Privatschulen**

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Ta-

gesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampe bezeichnet, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 allgemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer Verdopplung des Anteils seit 1992.

Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen ... überfordert, könnte sich der Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorboten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2018:

>>**Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"**

Mit der Wahrheit lügen ... Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."

Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten ... Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden ...

Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. - Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"

COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>**Volksaustausch? Regierungstausch!**

\_ von *Jürgen Elsässer*

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während

eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/52-54): >>Der Soros-Plan

\_ von Daniell Pföhringer

... Soros hat laut dem US-Magazin Forbes über 24 Milliarden Dollar auf der hohen Kante. Er unterstützt schon seit 1979 die von ihm gegründeten Open Society Foundations, mit denen unter anderem die sogenannten Farbenrevolutionen in Georgien oder der Ukraine gepusht wurden. Bei aller vermeintlichen Förderung von Demokratie und Menschenrechten dürfte der glühende Verfechter der Euro-Transferunion und Abschaffung der Nationalstaaten immer auch eigene Vorteile im Blick haben:

Er investierte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 relativ geringes Geld in ehemalige Staatsfirmen, die später ein Vielfaches an Gewinnen abwarfen. Viktor Orban wirft Soros vor, daß er nun von Revolutions- auf Invasions-Sponsoring umgesattelt habe, "als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen" fördere und "ein regelrechtes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen, einer eigenen Universität" unterhalte. Solche Aktivitäten will der ungarische Premier im Interesse seines Landes einschränken.

Tatsächlich liegt Orban nicht falsch, wenn er Soros, dessen schier unerschöpfliches Vermögen hauptsächlich auf spekulative Angriffe seines Quantum-Fonds in den 1990er Jahren auf das britische Pfund, die D-Mark und den argentinischen Peso zurückzuführen ist, nun als treibende Kraft hinter dem Zuwanderungslobbyismus identifiziert. Schließlich hat es sich die von Soros ins Leben gerufene International Migration Initiative (IMI) ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, vermeintliche Verstöße gegen die Rechte von Migranten zu ahnden, ihnen einen erleichterten Zugang zu Gerichten in Europa zu ermöglichen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Dazu soll, wie es seitens der IMI heißt, ein "Netzwerk von juristischen Fachleuten und Organisationen" errichtet werden, das die angeblichen Flüchtlinge befähigen soll, "ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen". Außerdem will sich die sogenannte Migrationsinitiative für eine "Verbesserung des Dialogs mit der Politik" einsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll politischer Druck auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden, der Massenzuwanderung Tür und Tor zu öffnen.

## **Organisierte Asylflut**

... Ungarische Regierungsvertreter sprechen offen von einem "Soros-Plan". Orban wirft dem berüchtigten Finanzhai vor, Europa mit Migranten "überschwemmen" und seiner "christlichen und nationalen Identität" berauben zu wollen. Um die ethnokulturelle Identität der europäischen Völker zu zerstören, fördere Soros eine "Invasion" aus der muslimischen Welt, so der Premier in gewohnt deutlicher Wortwahl. ...

Unter dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Wiederaufbau des Asyl-Systems") veröffentlichte Soros im September 2015 - auf dem Höhepunkt der Asylkrise - einen Text, in dem er zunächst apodiktisch forderte, daß die "EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsuchende pro Jahr zu akzeptieren" habe und pro Person jeweils 15.000 Euro in den ersten beiden Jahren bereitstellen solle. Der US-Milliardär schrieb, es sei wichtig, "die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine *Conditio sine qua non* für den Erfolg".

Des Weiteren habe Brüssel wirtschaftliche Sonderzonen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern. Dafür seien "mindestens acht bis zehn Milliarden Euro" bereitzustellen, so Soros. Neben einer gemeinsamen Asyl-Bürokratie sieht sein Plan vier "sichere Reiserouten" für die Migranten vor. ...

### **Brüsseler Spitzen**

Soros' Migrationsagenda ist also genauso belegbar wie das von ihm finanzierte Netzwerk von Lobbyorganisationen, die insbesondere im Herzen der EU-Bürokratie massiv Einfluß nehmen. Ins Bild paßt da ein Brüssel-Besuch des selbsternannten Philanthropen im April 2016, bei dem dieser herzlich von führenden Eurokraten, darunter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, empfangen wurde, obwohl der Börsenmilliardär kein öffentliches Amt bekleidet.

Nur wenige Monate später veröffentlichte die amerikanische Webseite DC Leaks 2.576 Dokumente von Einflußorganisationen des notorischen Strippenziehers. Die Papiere belegen eindeutig, wie Soros' Gefolgsleute den direkten Kontakt zu Entscheidern im Umfeld des Europaparlamentes suchen. Bei der Wählerarbeit von Soros und seinem Überfremdungs-Plan handelt es sich also nicht um Verschwörungstheorien.<<

## **7. Wer ordnete tatsächlich den von den Vereinten Nationen beschlossenen sogenannten Migrationspakt ("Global Compact for Migration") an?**

Die wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen bestand ursprünglich darin, als globales Steuerungsinstrument bzw. als positives internationales Ordnungsmittel internationale Konflikte gewaltfrei zu lösen, aber die Pläne und Ziele sehen gegenwärtig völlig anders aus. Die Vereinten Nationen verteidigen schon längst nicht mehr die demokratischen Grundwerte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der einzelnen Nationalstaaten, sondern setzen sich in erster Linie für die Durchsetzung eines Weltstaates, für gesellschaftszerstörende Ideologien (Genderismus) und für die totalitäre Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen ein.

Anstatt das Selbstbestimmungsrecht aller Mitgliedsstaaten zu schützen, mischten sich die Vereinten Nationen und ihre Spezialorgane UNICEF, der Hohe Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und die Welthandelskonferenz (UNCTAD) sowie Sonderorganisationen, wie z.B. die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verstärkt in die inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten ein.

Die UN und die verbundenen supranationalen Organisationen nötigen oder zwingen die ihnen angehörenden Mitgliedsländer seit Jahrzehnten, ihre Souveränität und nationale Rechte an die internationalen NWO-Organisationen abzutreten und ständig neue Pseudo-Menschenrechte zu



akzeptieren, um angeblich weiterhin ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt zu gewährleisten.

Obgleich nicht wenige Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern zählen, mate es sich der islamisch unterwanderte UN-Menschenrechtsrat an, der "christlichen westlichen Welt" ständig weitere verbindliche Vorgaben zur staatlichen Durchsetzung von vermeintlichen Pseudo-Menschenrechtsansprchen zu machen. Auch der umstrittene Migrationspakt der Vereinten Nationen ("Global Compact for Migration" = Wiedereinführung des im 19. Jahrhunderts verbotenen Sklavenhandels) wurde durch den sogenannten "UN-Menschenrechtsrat" erstellt.

Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats sind gegenwärtig z.B.: Angola, Kongo, Nigeria, Senegal, Afghanistan, Nepal, Pakistan, Katar, Chile, Mexiko.

Die globale Migration und die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft wurden durch den NWO-Moloch systematisch geplant und gefördert. Diese verdeckt agierende Terror-Organisation verfügt über ein weltweites Netzwerk von Geheim- und Tarnorganisationen (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.). Die kriminelle Verschwörer-Clique des Geldadels und der Weltkonzerne besitzt einen gigantischen Machtapparat, der global die gesamte Wirtschaft und Politik beherrscht und lenkt.

Der NWO-Moloch strebt u.a. folgende Ziele an: Vermischung der Völker, Zerstörung der Familien, Schaffung von gleichgeschalteten und total überwachten Einheitsmenschen, rechtliche und wirtschaftliche Entrechtung der Menschen (Wiedereinführung der Sklaverei), Vernichtung der souveränen Nationalstaaten, Installierung einer totalitären Weltregierung.

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" ber die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische

### **Rechtssetzung von oben**

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zugunsten einer sich den Staaten berordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

### **Das demokratische Recht**

... Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien. ...

### **Das Völkergewohnheitsrecht**

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als

Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt. ...

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."*

Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte. ...

### **Der UN-Migrationspakt**

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

*"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.*

*Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."* ...

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden.

Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.*

*Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.*

*Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").*

*Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."*

## **Das grundlegende demokratische Problem**

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert. ...

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern. ...

### **Ausblick**

Das bedeutet, mit dieser unterschwelligem Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "[\(x955/...\)](http://www.horst-koch.de): >>Befehl der Vatikan die Migrantenflutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die mit machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivilgesellschaftliche Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Modi' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten

in Nachbarländern fliehen.

4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.
17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.
18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'
19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."

Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.

Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:

"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt

werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei Global Compacts zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."

Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa lostreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!

Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.

In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode versklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.

Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Sie wollen eine Weltregierung**

\_ Viktor Orban im Interview

*Noch vor den Europawahlen im Mai sollen Fakten geschaffen werden - daher wird jetzt der UN-Migrationspakt durchgepeitscht. Das ist ein radikaler Bruch mit dem Völkerrecht.*

*Nächste Woche wird es einen EU-Gipfel geben. Ob die Frage des Grenzschutzes zur Sprache kommen wird, die neulich angeschnitten worden ist?*

(Orban:) Wenn ich die europäische Situation jetzt in einem Satz als Antwort auf Ihre Frage zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Die Einsätze liegen auf dem Tisch, alle Masken sind gefallen.

Im Mai 2019 wird es also die Wahlen zum Europäischen Parlament geben: Jene Dinge, die jetzt geschehen, kann man am ehesten als Teil eines Wahlkampfes deuten. Beziehungsweise: Die Politiker, die in Brüssel an der Macht sind ... - denn in Brüssel gibt es heute eine die Einwanderung befürwortende Mehrheit -, wollen jetzt noch alles bis zu den Wahlen im Mai durchdrücken, denn ... es kann auch passieren - und das ist zugleich auch unsere Hoffnung -, daß es in Europa nach den Wahlen eine die Einwanderung zurückweisende Mehrheit geben und es eine entsprechende EU-Kommission sowie ein entsprechendes EU-Parlament geben wird. ...

Die Wahrheit ist, daß mit Volldampf Ansiedlungsprogramme fabriziert werden. Die Kommission hat ihr Programm öffentlich gemacht, in dem sie niedergeschrieben hat, was ihrer Ansicht nach jetzt alles schnellstens durchgeführt werden müßte. ... Darin stehen Dinge wie ein ständiges Umsiedlungsprogramm, die Öffnung legaler Migrationsrouten, gemeinsame ... Migrationsprogramme mit afrikanischen Ländern, die Einführung eines neuen, sogenannten humanitären Visums, die Einbeziehung der NGOs in die Prüfung von Visa - überhaupt: Rechte, Befugnisse an jene Organisationen abgeben, die im Übrigen von George Soros finanziert werden.

Das sind also die Vorschläge. Die Wegnahme des Grenzschutzes von den Mitgliedsstaaten

und seine Übergabe in die Hände von Frontex, wo man gar nicht mehr von Grenzschutz spricht, sondern - die Wörter besitzen eine Bedeutung! - ... von "Grenzmanagement". Also das Wort "Grenzschutz" bedeutet, das man eine Grenze schützt, und "Grenzmanagement" bedeutet, daß es dort ein irgend etwas gibt, dessen Überquerung auf irgendeine Weise erledigt werden muß.

### **Kampf zweier Welten**

*In dieser Woche hat eine amerikanische Journalistin muslimischer Herkunft niedergeschrieben, daß es ein offenes Geheimnis ist ..., daß zum Beispiel in Amerika die Demonstrationen gegen den (von Trump unterstützten) Kandidaten (Brett Kavanaugh) zum Obersten Gerichtshof vor der Richterwahl von den von Soros unterstützten Organisationen organisiert, gesteuert, koordiniert wurden. Anscheinend funktioniert dies in Europa auf die gleiche Weise.*

(Orban:) Auch das kann man langsam als ein offenes Geheimnis bezeichnen. ... Wir erinnern uns nicht mehr daran, weil so vieles geschieht, doch vor einigen Jahren wußten nur sehr wenige, was für ein starkes Netzwerk George Soros in Ungarn, in Mitteleuropa, in Brüssel und auch in Amerika mit vielen Millionen oder Milliarden Dollar betreibt. Das war damals ein verborgenes Netzwerk, das stärker unter dem Wasser wirkte - wie im Wasserball: oben lächeln wir, und unten treten wir uns. Das war auch ihre Taktik. ...

Gegen verborgene Netzwerke kann man nur sehr schwer kämpfen, jetzt befinden sie sich aber schon draußen im Sonnenlicht. ... Jedoch finde ich es am spannendsten, daß diese Schlacht auch in Amerika läuft. Denn es gibt den Kampf zwischen der Kraftgruppe des amerikanischen Präsidenten und der Soros'schen Seite auch in Amerika, was für uns Ungarn, die wir auf nationaler Grundlage stehen, schwer zu verstehen ist.

Wenn wir hinter die Ereignisse blicken, dann können wir sehen, daß die eine Kraft, die sich um den amerikanischen Präsidenten konzentriert, deutlich erkennbar zu den Grundlagen der amerikanischen nationalen Interessen zurückkehren will und parallel dazu anerkennen möchte, daß auch andere Nationen das Recht besitzen, ihr Leben, so wie sie wollen, ihrem eigenen Geschmack entsprechend zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Ihnen gegenüber stehen in Amerika und überall die großen Soros'schen Netzwerke, die wir als Globalisten zu bezeichnen pflegen, und sie wollen anstatt der Vereinbarungen, der Verträge der Nationen, eine Weltregierung.

Wir glauben daran - wir stehen auf der nationalen Seite -, daß die Welt dann gut funktioniert, wenn sie unter Nationen aufgeteilt ist, wenn die Nationen gewählte Politiker besitzen und diese die Interessen ihrer eigenen Nation vertreten, miteinander Vereinbarungen treffen und die Dinge der Welt auf diese Weise erledigen. Die Globalisten glauben, daß es gut sei, wenn es eine Weltregierung, irgendwo ein Kraftzentrum, gibt, die von dort aus den Nationalstaaten obligatorisch vorschreibt, was gemacht werden muß. Das ist der Gedanke der Weltregierung.

...

### **Wühlarbeit der Soros-Netzwerke**

*Aber hier geht es doch nicht nur um ... von George Soros unterstützte Organisationen, sondern darum, daß wir sehen, wie diese unterstützten Leute auch in internationale Organisationen integriert werden. Zum Beispiel sehen wir, ... daß jetzt ein albanischer Rechtsanwalt Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geworden ist, der, obwohl er über keine Praxis als Richter verfügt, ausgewählt wurde - und es hat sich herausgestellt, daß er früher bei einer Stiftung von George Soros gearbeitet hat. Das Gleiche können wir in der UNO sehen, nicht wahr? Der Migrationspakt versucht, genau die gleiche globalistische Denkweise zu vertreten.*

(Orban:) Diese Netzwerke, wie auch das von George Soros, besitzen einige Schwächen, doch sie verfügen auch über einige Wettbewerbsvorteile. Ihre Schwäche ist natürlich, daß, wenn man sie plötzlich benennt und man sich im Namen des Volkes gegen sie zu verteidigen be-

ginnt - denn wir sind ja gewählte führende Politiker, es ist also unsere Aufgabe, die Interessen der Menschen zu vertreten -, dann stellt sich heraus, daß sie niemand ermächtigt hat, und in dieser Diskussion stehen sie auf verlorenem Posten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/73,75): >>Der Mega-Spekulant

\_ von *Raphael-Maria Grünwald*

George Soros hat auf der ganzen Welt Währungen in den Ruin und Staaten in die Revolution getrieben. In der Euro-Krise erklärte er Deutschland zum Hauptgegner.

Er sei ein "Staatsmann ohne Staat", befand die

Süddeutsche Zeitung. Gerne wird in diesem Zusammenhang die "halb im Scherz" geäußerte Einlassung von Strobe Talbott, Vize-Außenminister unter Präsident Bill Clinton, zitiert, die USA versuchten ihre Politik "mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und George Soros abzustimmen". Das hatte sich auch unter Barack Obama nicht geändert, galt der Multimilliardär doch als ein wichtiger Förderer des ersten schwarzen US-Präsidenten. Erst seit dem Amtsantritt Donald Trumps hat der Gründer des Quantum-Fonds einen Gegenspieler im Weißen Haus. ...

### **Revolte mit Hintergedanken**

Gemäß der in der Woche 1998 geäußerten Maxime "Die offene Weltwirtschaft ohne Weltgesellschaft funktioniert nicht: Wir brauchen internationale Zusammenarbeit" dreht sich sein Denken immer wieder um die Frage, wie in die Souveränität von Nationalstaaten eingegriffen werden kann.

"Bei Machtmißbrauch sind Interventionen von außen gerechtfertigt", konstatierte Soros in seinem Buch Die Vorherrschaft der USA - eine Seifenblase (2003), "wenn das Volk hier nicht korrigierend eingreifen kann". In diesem Sinne finanziert Soros überall dort, wo seiner Meinung nach "offene Gesellschaften" noch nicht realisiert sind, umstürzlerische Aktivitäten: "Meine Stiftungen", so Soros in dem erwähnten Buch, "trugen zu den Regimewechseln in der Slowakei (1998), Kroatien (1999) und Jugoslawien (2000) bei und mobilisierten die Zivilgesellschaft, um Wladimir Meciar, Franjo Tudjman und Slobodan Milosevic aus ihren Ämtern zu vertreiben. ... Die Aufgabe meiner Stiftungen besteht darin, den Übergang von geschlossenen zu offenen Gesellschaften zu begleiten und zu fördern."

Damit ist die Liste der Regimewechsel, an denen Soros' Stiftungen beteiligt waren, keineswegs vollständig. Insbesondere wären hier noch die sogenannte Rosenrevolution in Georgien (2003) und die Orange Revolution in der Ukraine (2004) zu nennen. Daß sich dabei - wie auch bei seinem neuesten Steckenpferd, der Förderung von Migration aus aller Welt nach Europa - hinter aller humanitären Phrasendrescherei handfeste Kapitalinteressen verbergen, versteht sich von selbst.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/45-46): >>Die Transformation der UNO

\_ von *Jürgen Elsässer*

Die Völker unseres Planeten schufen sich eine Institution, die Souveränität für alle gewährleisten und den Frieden bewahren soll - so will es die Legende von den Vereinten Nationen. Tatsächlich hat sich die Weltorganisation in den letzten 30 Jahren gravierend verändert und ist zu einem Instrument der Globalisten geworden.

Die UNO ist im Zweiten Weltkrieg entstanden, als Gründung der Anti-Hitler-Koalitionäre. Die "Deklaration der Vereinten Nationen" geht auf die Atlantik-Charta zurück, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen das Deutsche Reich entwarfen.

Erklärtes Prinzip war die Wiederherstellung der Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von Europa und die japanischen Annexionen in Ostasien zerstört

worden war. Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier:

Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht, was die grausame Judenverfolgung anging.

Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging.

### **Die große Unterwanderung**

1986 rückte die Atomkatastrophe von Tschernobyl die Umweltgefahren in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit. 1987 führte das Abkommen von Reykjavik zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow zu einem substantiellen Abbau von Atomwaffen und einem Tauwetter zwischen den Supermächten.

### **Mit Tschernobyl wurde die Kriegsangst von der Öko-Hysterie abgelöst.**

Beide Prozesse konvergierten in einem Paradigmenwechsel bei den Linken jeder Couleur: Die Weltkriegsangst wurde von der Öko-Hysterie abgelöst. Die Grünen erstarkten, vor allem in Deutschland, und sogen die ihnen zunächst skeptisch gegenüberstehenden Sozialisten und Kommunisten auf.

Gleichzeitig brach die internationale Architektur mit der zunehmenden Schwäche und schließlich dem Kollaps der UdSSR (1991) zusammen: Waren die Welt und auch die UNO seit 1945 strikt in Nationalstaaten und vor allem in zwei rivalisierende Blöcke gespalten gewesen, bildeten sich nun zentrifugale Tendenzen heraus. Die globalen Linkskräfte, die vorher auf die Macht Moskaus in den Vereinten Nationen gesetzt hatten, suchten neue Paten und fanden sie in Teilen des Großkapitals, die gleichartige politische Ziele hatten.

Mit dem Aktivismus der grün gewendeten Revoluzzer und dem Geld von innovativen Finanzgruppen wurden sogenannte Nichtregierungsorganisationen (englisch NGOs) gegründet. Diese begannen, innerhalb der UN eine bedeutende Rolle zu spielen - was während des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre, als dort nur Regierungen den Ton angaben.

### **Anstelle der tradierten Institutionen der UN traten neue Komitees wie der Weltklimarat.**

Anstelle der tradierten Institutionen der UN-Vollversammlung, Sicherheitsrat und Ausschüsse wie dem für Menschenrechte - traten neue Komitees wie der Weltklimarat IPCC, in der deutschen Übersetzung "Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimawandel". Ausdruck der "Zwischenstaatlichkeit" ist, daß der IPCC nicht durch einen Beschluß der UN-Vollversammlung, geschweige denn des UN-Sicherheitsrates geschaffen wurde. Vielmehr wurde er vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie aus der Taufe gehoben. Auch die von der UN veranstalteten Weltklimakonferenzen finden außerhalb ihrer traditionellen Strukturen statt.

Zwar sind aktuell 193 Regierungen Mitglied in der Organisation, aber auch 120 NGOs. Die gesamte Arbeit wird mit einem relativ schmalen Budget von etwa sechs Millionen Euro jährlich (Stand 2009) finanziert, die Beiträge der Staaten sind freiwillig.

Das klingt nach einer erfreulich unabhängigen Mission, hat aber einen riesigen Pferdefuß: Die zuarbeitenden Wissenschaftler müssen sich, da vom IPCC keine oder nur geringe Honorierung zu erwarten ist, ihre Brötchen bei anderen Arbeitgebern verdienen. Dies macht sie anfällig für alle möglichen Lobbyisten.

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rol-



le, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger. Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das Vatican Magazin untersucht:

"Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nichtstaatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

### **Beispiel UN-Migrationspakt**

Vor diesem Hintergrund war es auch nicht beruhigend, daß die Bundesregierung in Bezug auf die Verabschiedung des UN-Migrationspaktes Ende 2018 hervorhob, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast 100 Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik.

Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse können sich darauf berufen und Druck machen. Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften.

Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses Soft Law dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration.

### **Trumps Mahnung**

In einer Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2017 erinnerte der damalige US-Präsident an die ursprünglichen Prinzipien der Weltorganisation:

"Wenn ihr Freiheit wollt, seid stolz auf eurer Land - wenn ihr Frieden wollt, liebt eure Nation. ... Die Zukunft gehört nicht den Globalisten, die Zukunft gehört Patrioten. ... Wenn unsere Nationen besser sind, dann ist unsere Zukunft heller, alle Menschen werden glücklicher sein."<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.06.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 44 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x339/79) = Integration. Ein Protokoll des Scheiterns, Seite 79.

x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Schwarzbuch Angela Merkel</u> . Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder (Havel) 2016.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x339	Abdel-Samad, Hamed: <u>Integration</u> . Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Spezial Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x355	Barmettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.

## Internet

x881	<a href="http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme/">http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme/</a> - Dezember 2016.
------	--

x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x892	<a href="http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id">http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id</a> - Januar 2018
x893	<a href="http://www.katholisches.info">http://www.katholisches.info</a> ... - Februar 2018
x898	<a href="https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder-religionsfreiheit/">https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder-religionsfreiheit/</a> - April 2018
x902	<a href="https://www.freiewelt.net/">https://www.freiewelt.net/</a> - Januar 2019
x917	<a href="https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/">https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/</a> - April 2019
x933	<a href="http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html">http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html</a> - Juli 2019
x946	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/</a> - November 2019
x947	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehört-der-islamismus-zum-islam/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehört-der-islamismus-zum-islam/</a> - November 2019
x955	<a href="https://horst-koch.de/vatikanmigranten/">https://horst-koch.de/vatikanmigranten/</a> - November 2019
x963	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/</a> - November 2019
x965	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/</a> - November 2019
x974	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/</a> - November 2019